Die französische Orientpolitik vom Frankfurter Frieden bis zum Berliner Kongreß

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt von der

Philosophischen Fakultät

der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

vorgelegt von

Erich Zander

Studienrat

aus Kassel

Tag der Promotion: 6. Mai 1936

Tag der mündlichen Prüfung: 16. Januar 1936

1936

Druck: Triltsch & Huther, Berlin

61

Referenten: Prof. Dr. Fritz Hartung.

Prof. Dr. Willi Hoppe.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meinen Eltern und meiner Frau

in Dankbarkeit gewidmet.

Inhalt.

Seite

I. Die innen- und außenpolitische Lage Frankreichs nach dem verlorenen Krieg 5

II. Die französische Politik im Orient bis zum Aufstand in der Herzegowina im Mai 1875 12

III. Die französische Stellung im Orientkonflikt 1875—78 16

1. Die Versuche der französischen Staatsmänner, England und Frankreich Zugang zu den Verhandlungen der Ostmächte zu verschaffen und den Frieden auf dem Balkan zu erhalten . . 16
2. Frankreich und der Kauf der Suezkanalaktien durch England
3. Frankreich und die Andrassy'sche Reformnote 21
4. Das Wiederaufleben der Aufstände im Frühjahr 1876 und Frankreichs Bemühen, Englands Zustimmung zum Memorandum von Berlin zu erhalten 25
5. Der serbisch-türkische Krieg und Frankreichs Vermittlung zwischen England und Rußland vor und während der Konstantinopler Konferenz 31
6. Frankreich und die russischen diplomatischen Vorbereitungen für einen Krieg gegen die Türkei nach der gescheiterten Konstantinopler Konferenz 36
7. Frankreichs Haltung während des russisch-türkischen Krieges 38
8. Der innerpolitische Umschwung in Frankreich und die Orientpolitik Waddingtons 41
9. Frankreich und die diplomatischen Verhandlungen zwischen Rußland, England und Österreich vom Fall von Plewna bis zum Berliner Kongreß 43
10. Frankreich auf dem Berliner Kongreß 52
11. Die für Frankreich aus dem Berliner Kongreß erwachsenden Fragen:
    a) Tunis 58
    b) Griechische Grenzfrage 61

IV. Rückblick und Ausblick 62

I.

I. Die innen- und außenpolitische Lage Frankreichs nach dem verlorenen Krieg.

Die französische Orientpolitik von 1871 bis 1878 kann nur verstanden werden als ein Teil der gesamtfranzösischen Politik, Außen- wie Innenpolitik. Für diese sind maßgebend die Geschehnisse von 70/71, die wie ein Schatten in den nächsten Jahrzehnten über Land und Volk der Franzosen liegen und Gegenwart und Zukunft die Richtung weisen. Frankreich kann seine zahlreichen Wünsche und Interessen, die es seit Jahrhunderten im Mittelmeer zu wahren hatte, nur soweit verfolgen, wie es die besondere Lage nach dem verlorenen Kriege und die dadurch bedingten unruhigen, unsteten Verhältnisse im Innern zulassen.

Die Jahre 1870/71 bedeuteten für Frankreich mehr als nur einen verlorenen Krieg, als den Verlust zweier blühender Provinzen. Das Entscheidende dieses Krieges war: mit der französischen Vorherrschaft in Europa war es aus, das auf den Schlachtfeldern von Königgrätz und Sedan geeinte Deutschland war an die Stelle Frankreichs getreten. Deutschland war nicht mehr der Raum, auf dessen Kosten sich Frankreich bereichern und seine europäischen Konflikte austragen konnte. Aus dem Objekt Deutschland war für Frankreich ein selbständig handelndes Subjekt geworden. Seit den Zeiten des Sturzes der deutschen Kaiserherrlichkeit hatten die Franzosen die Schwäche des deutschen Reiches als einen feststehenden Faktor in das Gefüge ihrer Außenpolitik aufgenommen. Die Begünstigung der deutschen Zersplitterung war nach Thiers der ewige große Gedanke der französischen Politik, weil er die erste Vorbedingung war für die Verwirklichung des großen außenpolitischen Zieles, der Vorherrschaft in Europa. Die zweite notwendige Voraussetzung zur Erreichung dieser in allen Franzosen lebendigen Idee von der ihnen vom Schicksal gestellten Aufgabe war die Beherrschung der Rheinlinie. Der Rhein war die Ausgangsstellung, von der aus sich die beste Möglichkeit bot, in die innerdeutschen Fragen einzugreifen.

Die Ereignisse der Jahre 1870/71 schoben dieser Richtung der französischen Politik einen Riegel vor. Bismarck nahm ihnen die Angriffsstellung und das Sprungbrett nach Deutschland hinein, das sie im Elsaß und in Lothringen besaßen und verhinderte durch den Zusammenschluß des überwiegenden

Teiles der deutschen Gaue und Stämme, daß innerdeutsche Fragen weiter vor dem europäischen Forum entschieden wurden, in dem gallische Prestige- und Machtpolitik den Ausschlag gaben.

Aber die Franzosen waren keineswegs gewillt, sich mit dem neuen Zustand zufrieden zu geben. Die Zeit nach 1871 ist für Frankreich ein einziges Ringen nach Austilgung der Niederlage von 1870/71, nach Wiedererlangung der Länder Elsaß und Lothringen, die ein notwendiger Schritt zur Wiedererringung der alten Machtstellung in Europa war. Im einzelnen hat es vielfach den Anschein, als ob Frankreich ganz andere Ziele anstrebte, als ob der Ausbau der außereuropäischen Besitzungen Frankreich mehr am Herzen läge. Aber wehe dem Staatsmann, der sich zu weit und zu stark in derartige Fragen einließ und zuviel Kräfte in solchen Unternehmungen festlegte. Wie ein Pendel schlug dann das französische Volksgefühl zurück und neue Staatsmänner waren gezwungen, zur alten Politik zurückzukehren, die ihre Aufgabe an der Ostgrenze zu erfüllen hatte.

In den ersten Jahren nach 1871 ist diese Bewegung von einer Minderheit getragen worden. In den weitesten Kreisen des französischen Volkes machte sich eine Verfalls- und politische Verzichtstimmung geltend. Man verlor den Glauben an die Nation und die Möglichkeit ihres Wiederaufstiegs. Pessimismus beherrschte das Denken und Fühlen, die Überzeugung vom „Untergange des Abendlandes" ergriff ganz ähnlich wie bei uns nach dem Weltkriege die gebildeten Schichten. In müder Resignation ergaben sie sich zunächst ihrem Schicksal, das sie als von Gott gewollt hinnahmen. Sie suchten Anlehnung bei den Kräften, die die Vergangenheit, die ruhmreiche große Geschichte verkörperten. Erst allmählich erwachte in ihnen das Suchen nach neuen Formen und neuem Inhalt. Neuer Glaube zog in die französische Volksseele ein.

Das Verdienst, in dieser Zeit die Geschicke Frankreichs fest in die Hand genommen und auf das große Ziel, nämlich den inneren Wiederaufstieg Frankreichs ausgerichtet zu haben, gebührt der französischen Regierung, die nach 71 die Politik Frankreichs leitete, und hier vor allem Thiers. Sein Ziel war, Frankreich innerlich zu stabilisieren, ihm wieder einen festen moralischen, wirtschaftlichen und geistigen Boden zu geben, von dem aus ein neues Frankreich gestaltet werden konnte, das fähig war, die alte Stellung in Europa wiederzugewinnen. Das war das letzte Ziel, das ihm voranleuchtete. Der Weg dahin war beschwerlich und war nur in ruhiger, zielbewußter Aufbauarbeit zu erreichen. Eine Reihe von Jahren ungestörter innerer Entwicklung war notwendig, um eine Wiederbelebung der wirtschaftlichen Kräfte zu erreichen. Die erste Aufgabe war

für ihn die Bezahlung der Kriegsschuld, um der Besetzung französischen Bodens durch deutsche Truppen, die die Quelle so vieler Zwistigkeiten war und die den Franzosen jeden Tag von neuem die Schmach ihrer Niederlage vor Augen führte, ein Ende zu machen. Es war eine Art Erfüllungspolitik, die sich aber doch — wenn man trotz der Verschiedenartigkeit der Friedensbedingungen diesen Vergleich einmal zieht — scharf von der unserer Staatsmänner nach 1918 unterschied. Jene war wie diese nur Mittel zum Zweck, nur Vorbereitung, aber dieser Zweck, dieses letzte Ziel, dem man zusteuerte, war in Frankreich nach 1871 nicht wie bei uns ein Sichabfinden mit den Geschehnissen, ein Leben in Ruhe, Frieden und Beschaulichkeit, wo jeder, ungeachtet der Lage des Ganzen, seinen eigenen Träumen und Wünschen nachhing, sondern ein Ringen um die Wiederherstellung der verlorenen Machtstellung, mit der man die Freiheit und die Ehre der Nation untrennbar verbunden glaubte.

Diese Arbeit wurde Thiers nicht leicht gemacht. Auf der einen Seite galt es, das französische Volk aus der Verzichtstimmung herauszureißen, ihm ein neues Ziel vor Augen zu stellen, das Glauben und Hoffnung in die Herzen der Franzosen senkte und sie zur Mitarbeit heranzog. Noch schwieriger war aber der Kampf gegen eine Gruppe, die die ruhige Politik der Regierung nicht mitmachen wollte. Diese Gruppe hatte vor allem in der Pariser Bevölkerung ihre Anhänger und war damit für die Regierung umso gefährlicher. Der ungezügelte Haß dieser Hitzköpfe richtete sich gegen Deutschland und offen predigten sie den Revanchegedanken. Sie kannten und wollten kein Paktieren mit dem Gegner, sie wollten den Kampf gegen den Erbfeind, aber auch nach jeder Richtung. Jede Maßnahme der Regierung, die auf friedlichen Ausgleich mit Deutschland hinarbeitete, wurde geschmäht und als Feigheit ausgelegt.

Dazu kam, daß die Stellung Thiers' auch durch die Parteiverhältnisse äußerst schwankend und unsicher war. Die Republik, für die Thiers, wenn auch nicht dem Herzen, so doch dem Verstande nach eintrat, weil sie ihm als die Staatsform erschien, die die Franzosen am wenigsten trennte, war noch nicht endgültig verfassungsmäßig festgelegt. Und die Wahrscheinlichkeit, daß die Franzosen die Republik beibehalten würden, war anfangs nicht allzu groß. Die französischen Stimmberechtigten hatten bei den Wahlen den Vertretern des monarchischen Frankreichs ihre Stimmen gegeben, und zwar nicht nur weil deren Namen mit der Größe französischer Geschichte aufs engste verknüpft waren, sondern weil sie von ihnen den Frieden erhofften, nach dem sich die Mehrheit des Volkes sehnte. In der Nationalversammlung hatten die Monarchisten mit 400

gegen 300 Stimmen die Mehrheit. Nur ihre Uneinigkeit, ihr Auseinanderfallen in Bourbonen, Orleanisten und Bonapartisten hinderte sie an entschlossenem Vorgehen, Frankreich eine monarchische Spitze zu geben und sicherte damit die Republik. Für Thiers aber war das Bestehen einer monarchischen Mehrheit, die nur eins kannte, nämlich Rückgewinnung der alten französischen Machtstellung und Kampf gegen die deutsche Hegemonie in Europa, eine Gefahr, die ihn zur Vorsicht ermahnte, um nicht in den Ruf zu großer Nachgiebigkeit gegenüber Deutschland zu gelangen.

So sind seine Bemühungen, mit Deutschland über die Fragen der Kontributionszahlungen und damit verbunden über die etappenweise Räumung des durch die deutschen Truppen besetzten französischen Gebietes ins reine zu kommen, nicht immer reibungslos verlaufen. Aber schließlich konnte er die Verhandlungen doch zu einem guten Ende führen. Am 15. 3. 73 schloß er mit Bismarck einen Vertrag, in dem dieser zustimmte, daß die letzte Rate, die erst am 1. 3. 75 fällig war, schon am 5. 9. 73 vollständig gezahlt werden und daß damit auch die Räumung des noch besetzten Gebietes erfolgen sollte.

Es war der letzte Erfolg, den Thiers erzielen konnte. Wenige Wochen später entzog ihm die National-Versammlung in einer nichtigen Frage das Vertrauen und damit fiel der Mann, der im Ausland das neue Frankreich verkörperte und der dann wenige Jahre später doch noch erleben durfte, daß man seine Verdienste in der National-Versammlung am 16. 6. 77 würdigte und ihn als „le libérateur du territoire" feierte. Die Politik von 71—73 trägt nach innen und außen sein Gesicht. Er hatte dem Lande Ruhe und Ordnung gebracht, hatte Industrie, Handel und Landwirtschaft gefördert und doch auch nicht vergessen, durch vollständige Umorganisation nach preußischem Muster an einer schlagkräftigen Armee zu arbeiten, um Frankreichs Ansehen in Europa wiederherzustellen. Neben den Kontributionszahlungen trug das Land diese Kosten, das beste Zeichen für das wirtschaftliche Wiedererstarken. Auch im Auslande war das Vertrauen zu Frankreich im Wachsen begriffen. Das geht am besten aus der Tatsache hervor, daß die Hälfte einer im Sommer 1872 aufgelegten Anleihe, die 13 mal überzeichnet wurde, im Ausland aufgebracht wurde.

Überhaupt war die Haltung der europäischen Mächte ein Faktor, der Frankreich immer neuen Mut einflößte. Die Gefahr, die auf diesem Gebiet für Frankreich bestand, war die der Isolierung, die offensichtlich von Bismarck angestrebt wurde. Dem deutschen Staatsmann war klar, daß Frankreich nichts vergessen, daß es alle Anstrengungen machen würde, um die alte Macht zurückzugewinnen. Es galt daher vorzubeugen und alle Mächte, die als Bundesgenossen für Frankreich in Frage

kamen, durch Bündnisse unter Beachtung eigener Interessen an sich zu binden. Der Erfolg dieser Politik schien mit dem Dreikaiserbündnis gegeben. Aber ein voller Erfolg war es nicht. Nicht nur Frankreich hatte die Folgen der europäischen Machtverlagerung, die 1871 eingetreten war, zu spüren bekommen. Auch alle anderen Staaten sahen sich vor neue Aufgaben gestellt. England sah das europäische Gleichgewicht gestört, für Rußland gab es eine Grenze, über die hinaus das Gewicht Frankreichs in Europa nicht vermindert werden durfte, für Österreich war Sedan und Versailles ein zweites Königgrätz, man erkannte, daß die Gründung des deutschen Reiches unter preußischer Führung für Österreich gleichbedeutend war mit der endgültigen Ausschaltung aus dem Gebiet, in dem es bisher den ausschlaggebenden Faktor dargestellt hatte. Diese politischen Erwägungen, die rein von den Interessen ihrer Staaten bestimmt waren, mahnten die englischen, russischen und österreichischen Staatsmänner zur Vorsicht und zwar zu immer größerer Vorsicht, als sie nur mit dem stärksten Mißtrauen gegenüber der deutschen Politik in die Zukunft blickten. Sie trauten Bismarck noch weitergehende Ziele zu, die nur durch Krieg zu erreichen waren. Deutschland bekam wieder einmal die Tragik seiner geographischen Lage zu spüren. Ein starkes Reich im Herzen Europas rief die Nachbarn auf den Plan.

Macht man sich diese Situation klar, so wird man es verstehen, daß die französischen Klagelieder über die Gefahr, die Europa von Deutschland drohe, nicht ungern gehört wurden, daß man die Nachrichten über das Wiedererstarken der französischen Macht mit Freuden aufnahm.

Für Frankreich bot sich hier eine Möglichkeit, den Ring, den Bismarck um Frankreich zu legen versuchte, zu sprengen. Überall nährte man die Furcht vor der deutschen Eroberungssucht und suchte durch Betonung des gemeinsamen Gefahrenmomentes ein Mittel der Annäherung.[1]) Am besten gelang das in Rußland, mit dem Frankreich sich nach 1870 immer von neuem bemühte, in ein gutes Verhältnis zu kommen. Die alte und für Frankreich im Kampf gegen Deutschland auch so naheliegende Politik, sich mit des Nachbars Nachbar gut zu stellen, erfuhr hier eine Erneuerung in veränderter Gestalt. Die Rolle, die Franz I. den Türken, Ludwig XIV. den Schweden, Napoleon III. den Polen zugedacht hatte, und die nach dem Weltkrieg von der Kleinen Entente, Polen und neuerdings von Rußland übernommen wird, sollten nach 1871 die Russen spielen. Die Franzosen konnten es schon als Erfolg buchen, daß das Dreikaiserbündnis von 1872 keine Garantie des Besitzstandes in sich schloß, und noch ermutigender war das, was bei dieser Gelegenheit vom russischen Zaren und dem Kanzler Gortschakoff dem französischen Botschafter über die Notwendigkeit eines

starken Frankreichs für Rußland und Europa gesagt wurde. Frankreich hatte die Gewißheit, zumal es auch England an ähnlichen Zusicherungen nicht fehlen ließ, daß es ungestört weiter aufbauen und rüsten konnte, daß die europäischen Mächte eine weitere Verringerung der französischen Macht nicht untätig mitansehen würden.

Noch klarer und eindeutiger wurde die Lage erhellt durch die Ereignisse des Frühjahres 1875. Was sich bis dahin nur hinter den Kulissen abgespielt hatte, trat jetzt öffentlich in Erscheinung. Aus nichtigem Anlaß, auf Grund von Übertreibungen und bewußter Entstellung einiger Äußerungen Bismarcks, dem der Kulturkampf stark zu schaffen machte, von Zeitungsnachrichten und Worten, die deutsche Staatsmänner in ruhigem Gespräch mit dem französischen Botschafter in Berlin gebraucht hatten, setzten der französiche Außenminister Decazes und die Botschafter in Berlin und Petersburg eine Kriegsgefahr in Szene. Sie wollten die Sympathien, die Frankreich in England und Rußland genoß, zu einem für ihre Regierung positiven Erfolge ausbauen. Dieses Kriegsgeschrei führte dann zusammen mit der seit 1871 mit Mißtrauen übersättigten politischen Atmosphäre in Europa zu der Tatsache, daß Rußland sich mit der Macht, mit der es in dem größten weltpolitischen Gegensatz stand, auf Kosten von Zugeständnissen in Zentralasien, zusammentat, um in Berlin gegen Deutschland, mit dem es 1873 eine Militärkonvention abgeschlossen hatte, für das republikanische Frankreich Stellung zu nehmen. Für Frankreich war diese Gewißheit, unter englisch-russischem Schutz weiter rüsten zu können, eine unerhörte Ermutigung. Gontaut-Biron, der französische Botschafter in Berlin, feierte das „Wiedererwachen Europas", und Decazes schrieb am 18. 5. 1875 an seinen Berliner Botschafter, daß sie sich beglückwünschen könnten zu dem Recht, daß man Frankreich eingestanden habe, seine militärischen Kräfte nach seinem Gefallen und der Notwendigkeit seiner Sicherheit zu reorganisieren. Der Beistand Englands und Rußlands sei ein Symptom, dessen Wert in der Zukunft vielleicht noch größer als in der Gegenwart sei. In diesem Hinweis auf die Zukunft liegt aber zugleich auch ein bitteres Eingeständnis der Schwäche. Gewiß, Frankreich konnte mit Genugtuung im Sommer 1875 auf das zurückblicken, was in den letzten 4 Jahren erreicht worden war. Wirtschaftlich waren die Wunden, die der Krieg geschlagen hatte, fast geheilt. Man trat schon dem Plane einer großen Weltausstellung näher, um allen Völkern zu zeigen, daß Frankreich wieder „da" sei, daß man mit ihm rechnen müsse. Auch die außenpolitische Lage war nicht ungünstig, wie die Ereignisse des Mai gezeigt hatten. Das wiedererstarkende Frankreich genoß starke Sympathien in Europa. Man brauchte es als Gegengewicht gegen

Deutschland, das wie ein Koloß vom Zentrum Europa aus, allein schon durch sein Vorhandensein, ohne daß es in der Absicht des deutschen Staatsmannes gelegen hätte, die anderen Staaten einengte und damit beunruhigte. Aber im Augenblick war Frankreich noch nicht in der Lage, die Möglichkeiten, die der Sommer 75 andeutete, in Realitäten zu verwandeln. Frankreichs Macht war noch zu gering, als daß es in einer Koalition seinen Interessen den nötigen Nachdruck hätte geben können. Nichts bewies das besser als das Verhalten im Jahre 1875. „Die Art, wie es die Hilfe der Großmächte erfleht hatte, war nicht die einer Großmacht, die Regierung in Paris hatte gehandelt wie eine kokette Frau, die einen Ohnmachtsanfall mimt, um den starken Beschützer herbeizurufen".[2]) Ruhe und Frieden waren das, was Frankreich noch weiterhin not tat. Denn bei aller Ausnutzung der Zeit, Frankreich hatte noch vieles zu tun, ehe es die Rolle spielen konnte, die es einst in Europa besessen hatte. Vieles, was im Vollgefühl der Kraft in den Jahren vor 1870 versäumt worden war, mußte nachgeholt werden. Die Reorganisation des Heeres war noch nicht abgeschlossen und damit Frankreich noch nicht schlagkräftig. Europa wußte zwar, daß man seit 1875 mit Frankreich rechnen mußte, aber in politischen Fragen zählte seine Stimme noch nicht voll, weil im politischen Kräftespiel nur die Interessen geachtet werden, hinter denen sich auch reale Macht verbirgt. Ruhe und Frieden in Europa, Vermeidung der Aufrollung aller Fragen, die Frankreich angingen, waren der Herzenswunsch der französischen Staatsmänner. Zumal auch die innerpolitische Lage, der Streit zwischen Monarchisten und Republikanern noch nicht entschieden war und sich häufig genug lähmend auf die Außenpolitik auswirkte.

Nicht zuletzt hatte auch das Volk Zeit zur Sammlung nötig. Die innerliche Erneuerung zeigte sich erst in schwachen Ansätzen, der Lebensmut, das Kraftgefühl waren noch nicht voll zurückgekehrt. Das Volk, das sich nach 1871 vertrauensselig den Vertretern des alten Frankreich in die Arme geworfen hatte, hatte dort nicht den Glauben an sich selbst, an seine große Aufgabe wiedergefunden, es sah noch nicht die Ziele, die neuen Ufer, denen es sich zuzustreben lohnte.

Mit einem solchen Volk und Staat war Enthaltung auf außenpolitischem Gebiet, Wahrung des Friedens in Europa geboten. Und so klingt diese Tendenz auch aus allen Berichten der französischen Staatsmänner als Leitmotiv heraus.

II. Die französische Politik im Orient bis zum Aufstand in der Herzegowina im Mai 1875.

Aber was Frankreich wünschte, trat nicht ein. In der Wetterecke im SO Europas trieb die immer vorhandene Unzufriedenheit der christlichen Völker mit der Türkenherrschaft wieder einmal zur Entladung und rief die Aufmerksamkeit aller europäischen Mächte wach. Die europäische Politik, die sich von 71—75 wie im Kreise um Elsaß-Lothringen, um das deutsch-französische Verhältnis gedreht hatte, trat in ein neues Stadium. Der Kreis erweiterte sich zu einer Ellipse mit zwei Brennpunkten, von denen der östliche im Augenblick im Vordergrund stand.

Welche Interessen hatte nun hier Frankreich zu vertreten und wie war seine Stellung?

Wenn auch Frankreich in erster Linie eine Festlandmacht war und seine Hauptaufgabe in der Beherrschung des Kontinents sah, so hatte es als Küstenstaat niemals sein Interesse an der Machtverteilung im Mittelländischen Meer verhehlt. Im Westbecken war dieses Interesse naturgemäß gestiegen mit der Besitzergreifung der Gegenküste Algier, und eifersüchtig wachte es darüber, daß die an diesen Staat grenzenden Länder nicht in englische oder italienische Hand kamen. Ganz anders war die Lage im östlichen Mittelmeerbecken. Hier waren es nicht so sehr Lebensinteressen als vielmehr Fragen des Prestige, die es zu vertreten galt, für die Frankreich bei der Mentalität seines Volkes aber mit derselben Hartnäcktigkeit einstand. Hier war Frankreich in erster Linie der Schützer der lateinischen Christen, hier fühlte es sich als Kulturträger. Besondere Aufmerksamkeit wandte es Syrien, dem heiligen Lande und Ägypten zu. Seit den Tagen Napoleons I. hatte gerade dem Nillande das Interesse Frankreichs gegolten. Wirtschaftliche und finanzielle Unternehmungen hatten hier stattliche Summen festgelegt.

Die Stellung und das Ansehen Frankreichs im östlichen Mittelmeerbecken hatten eine kräftige Förderung und Stärkung erfahren durch die Erfolge des Krimkrieges. Im Pariser Frieden war unter dem Vorsitz Frankreichs die Machtverteilung des Orients neu geregelt worden.

Diese Erfolge wurden aber wieder in Frage gestellt durch den verlorenen Krieg, dessen Auswirkung natürlich auch hier im Orient spürbar wurde. Dem vorzubeugen, sah die fran-

zösische Regierung als eine ihrer Hauptaufgaben an. Sie folgte damit einer Tradition der französischen Politik. Immer wenn Frankreich auf dem Festland zurückgeschlagen war, folgte eine Zeit aktiver Orientpolitik. Hier ließen sich leichter als auf dem Festlande Erfolge erzielen und das gebrochene Vertrauen des Volkes wiederaufrichten, das Ruhmbedürfnis befriedigen. Und weiter, der Orient war die Frage, die alle europäischen Großmächte anging, hier konnte Frankreich am ehesten wieder seine Stellung unter den Großmächten einnehmen, von hier aus konnte eine Neugruppierung der Mächte erfolgen, die Frankreich dann seinen Festlandsplänen dienstbar zu machen hoffte. „Schon im Jahre 1874 sahen die Visionen Gambettas die Serben dereinst die Rolle der Piemontesen des Ostens spielen und träumten davon, wie es, wenn dieses Slavenreich geschaffen sei, mit den Preußen, den Makedoniern des Nordens, als Diktatoren Europas zu Ende sein würde".[3])

So sehen wir denn die Staatsmänner der Republik sich besonders mit der Orientfrage beschäftigen. Schon am 12. 6. 71 ging ein ausführliches Schreiben des französischen Außenministers J. Favre an den französischen Gesandten in Konstantinopel ab.[4]) In aller Klarheit kam darin die Erkenntnis zum Ausdruck, daß der Orient ein Ganzes sei und als solches behandelt werden müsse. Es genüge nicht, den Punkten seine Aufmerksamkeit zuzuwenden, die Frankreich unmittelbar angingen. Ferner wurde ohne jede Beschönigung die Gefahr herausgestellt, die Frankreichs Stellung im Orient durch den verlorenen Krieg drohe. Der Orient sei das wichtigste Interesse, das Frankreich in Europa nach dem seiner Grenzen habe. Frankreich müsse im Orient wachsam bleiben, seine Aufgabe sei, die Ereignisse mehr zu überwachen, Komplikationen zu vermeiden. Jeder Aufstand könne zum Zusammenbruch der ganzen Türkei führen. Das müsse bei dem Zustand Frankreichs auf jeden Fall vermieden werden.

Daher müsse in Rumänien die schwierige Stellung des Fürsten Karl gefestigt werden. Sein Sturz würde ein Vordringen russischen Einflusses und damit eine Erschütterung des gesamten Orients bedeuten. Die serbische Frage sei im Augenblick zwar weniger brennend, aber die Serben könnten, im Vertrauen auf das Wohlwollen des russischen Bruders, aus der schwierigen Lage der österreichischen Monarchie Hoffnungen ziehen. Frankreichs Interesse liege auch hier in der Erhaltung des jetzigen Zustandes. Gewähre man die serbischen Wünsche, so würden auch die Einwohner Bosniens, der Herzegowina und Bulgariens ihre Forderungen auf Autonomie anmelden. Hier gerate zwar die französische Politik, Erhaltung der Türkei wegen der eigenen Schwäche mit dem anderen Ziele: Unterstützung der

Wünsche der christlichen kleinen Balkanstaaten, in Widerspruch, aber die gesamtpolitische Lage Frankreichs bestimme das augenblickliche Ziel: Erhaltung und Stärkung der schon bestehenden Gruppen, aber keine Ausdehnung der schon bestehenden, noch Schöpfung neuer Staaten.

Um den Balkanstaaten gerecht zu werden, sei es notwendig, die Türkei an ihre Pflicht zu mahnen, den europäischen Christen dieselbe Sorgfalt angedeihen zu lassen wie den Türken selbst und für Verbesserung ihrer menschlichen und politischen Stellung, ihres materiellen und sittlichen Wohlergehens zu sorgen. Auch in Griechenland müsse Frankreich zur Ruhe mahnen. Die Türkei könne diese Aufgabe unterstützen durch Unterdrückung des Räuberwesens. Die steten Kämpfe an der Grenze müßten in Griechenland immer von neuem den Ruf nach Grenzregulierung wachrufen.

Die Frage der asiatischen Türkei sei nicht so brennend. Frankreichs Interesse laufe darauf hinaus, Zwischenfälle zwischen Christen und Türken im Libanon, zwischen lateinischen und griechischen Christen in Palästina zu vermeiden.

Frankreich sei. das ist der Schluß, zu dem Favre kommt, durch die unglücklichen Umstände gezwungen, in seinen Handlungen Klugheit und große Mäßigung walten zu lassen. Der Augenblick der Initiative für Frankreich sei noch nicht gekommen. Aber Frankreich werde sich, sobald es die Umstände erlaubten, die Freiheit der Handlung vorbehalten. Wenn es diese Haltung mit Ausdauer verfolge, werde es seine Stellung im Orient behaupten. Im Augenblick herrsche zwar Ruhe, weil in England Gladstone am Ruder sei, aber früher oder später werde am Bosporus der englisch-russische Gegensatz ausgetragen. Dann, das spricht zwar Favre nicht mehr aus, denn es ist selbstverständlich, sei für Frankreich der Augenblick des Handelns gekommen, um aus diesen Wirren Vorteil zu ziehen für seine Stellung in Europa.

Nach diesen Richtlinien wurde in den nächsten Jahren gearbeitet. Als im Juli 73 eine Störung der Beziehungen zwischen Serbien und der Türkei eintrat, wurde der französische Generalkonsul in Belgrad angewiesen, dem serbischen Fürsten zu raten, die bestehenden Schwierigkeiten mit der Türkei auf dem Wege der Verständigung zu beseitigen.[5]) In gleichem Sinne war man bemüht, die Differenzen in Rumänien zwischen dem Fürsten Karl und dem Teil seiner Untertanen, der die Abwerfung der türkischen Fremdherrschaft forderte, zu überbrücken. Die Botschafter in den europäischen Hauptstädten wurden angewiesen, die Großmächte auf diese Krise aufmerksam zu machen und mitzuteilen, welche Stellung die einzelnen Staaten nehmen würden.[6])

Diese französischen Bestrebungen berührten sich mit denen des Staates, mit dem Frankreich eben die Waffen gekreuzt und der Frankreich zu dieser Politik gezwungen hatte. Deutschland hatte den Frieden zu seinem inneren Ausbau und aus seiner politischen Lage nach 71 heraus ebenso notwendig wie Frankreich. Gerade die Gefahr, die vom Balkan her für seinen Staat bestand, suchte Bismarck dadurch zu bannen, daß er zwei der Hauptbeteiligten, Österrecih und Rußland, an sich heranzog und sie durch Schließung des Dreikaiserbündnisses zu verständnisvoller Zusammenarbeit in den Orientfragen bewegte, die am ehesten erreicht wurde, wenn der Status quo erhalten blieb.

III. Die französische Stellung im Orientkonflikt 1875—78.

1. Die Versuche der französischen Staatsmänner, England und Frankreich Zugang zu den Verhandlungen der Ostmächte zu verschaffen und den Frieden auf dem Balkan zu erhalten.

Aber die Ereignisse waren stärker, der Friede blieb nicht erhalten. Die Feindseligkeiten brachen aus, ehe Frankreich seine volle Handlungsfreiheit wiedergewonnen hatte.

Der Tatbestand war folgender: Die Einwohner der Herzegowina erhoben sich gegen die Ausbeutung durch die türkische Verwaltung, die sie als einen Fremdkörper im eigenen Lande ansahen. Der Aufstand nahm schnell an Umfang zu und drohte, wie so oft, auf die übrigen, der Herrschaft der Türkei unterstellten Völker überzugreifen. Die gesamte Orientfrage brannte auf und rief alle Großmächte auf den Plan.

Von allen Seiten liefen die Nachrichten der französischen Vertreter über den Aufstand in Paris ein. „La question d'Orient peut éclater comme une bombe d'un moment à l'autre et qu'il faut prévoir" schrieb Le Flô an Decazes am 5. 8. 75.[7]) „L'ensemble de cette situation nous préoccupe" äußerte Decazes.[8]) So gern er sein Land aus der Frage herausgehalten hätte, Frankreich mußte zu den Ereignissen Stellung nehmen. Diese ist in ihren Grundzügen in einem Erlaß des Außenministers an den Botschafter in Konstantinopel klar umrissen. Frankreich könne aus dem Rat Europas nicht fernbleiben, aber es wolle nur den Frieden, die Eintracht, die Versöhnung. Niemals und in keiner Weise dürfe es sich auf einem Wege festlegen, der es aus seiner Neutralität herausbringen könne.[9]) Frankreichs Haltung konnte, nachdem die Vermeidung eines Aufstandes nicht hatte verhindert werden können, nach der Lage der Republik nur in drei Gesichtspunkten gipfeln:

1. Lokalisierung des Aufstandes,
2. Einigung aller Großmächte über die zu treffenden Maßnahmen,
3. Vermeidung und, falls das nicht gelänge, Fernbleiben von einer militärischen Aktion.

Von diesen Zielen deckten sich das erste und dritte mit dem, was zunächst auch von allen andern Staaten angestrebt würde. Anders war es mit dem 2. Punkt. Die 3 Ostmächte betrachteten die Orientfrage als ihre Angelegenheit. Sie einigten sich über die zu ergreifenden Maßnahmen und baten die übrigen Staaten

um die Unterstützung ihrer Schritte.[10]) Das bedeutete für Frankreichs politische Hoffnungen einen schweren Schlag. Für die französischen Staatsmänner kam es darauf an, in dem einsetzenden diplomatischen Spiel neben der Vertretung der eigenen Interessen sich wieder anderen Staaten zu nähern und vor allem die Verbindung zu den beiden Staaten aufrecht zu erhalten, die Frankreich im letzten Mai beigesprungen waren. Frankreich suchte in erster Linie in einer möglichst engen Fühlungnahme mit Rußland zu bleiben, auf das man alle Hoffnungen der Zukunft setzte. Die Ansätze zu künftigen Bündnismöglichkeiten, die der Mai eröffnet hatte, durften nicht im Sande verlaufen. Und eine zweite Gefahr bestand für die Republik. Dadurch, daß man auch England vor fertige Beschlüsse stellte, das doch so heiß am Orient interessiert war, bestand die für Frankreich höchst unangenehme Situation, daß Rußland und England sich verfeinden konnten, die Frankreich nach den Ereignissen des Mai nur zu gern Hand in Hand hätte handeln sehen.

Frankreichs politische Tätigkeit der nächsten Monate war denn auch darauf zugeschnitten, sich die Gunst Rußlands zu bewahren und durch Annäherung Englands und Rußlands zu vermeiden, daß die Orientfrage zu einer Scheidung der Staaten in zwei Mächtegruppen führte. Damit konnte Frankreich die Zurückhaltung, die es sich anfangs zum Ziel gesetzt hatte, nicht voll durchhalten. Es wurde aus seiner Zurückhaltung herausgelockt. Auf dem Wege über Rußland versuchte Frankreich sich die Teilnahme an den Verhandlungen zu sichern, um so Einfluß auf die weitere Gestaltung der Dinge zu gewinnen. Rußland kam Frankreich entgegen, bat um Unterstützung des Schrittes der Ostmächte und tat alles, was geeignet war, das französische Selbstgefühl zu schonen.[11]) Frankreich erhielt aber von Rußland keine Versprechungen über sein zukünftiges Vorgehen und ein etwaiges Zusammenarbeiten in der Orientfrage mit der Republik. Rußland hielt trotz allen freundlichen Worten, die es für Frankreich fand, an dem Zusammengehen mit Deutschland und Österreich fest. Unter diesen Umständen suchte Frankreich zu retten, was zu retten war. Es kam der Aufforderung der Ostmächte nach, sich an ihrem Schritt zu beteiligen, der in Cetinje und Belgrad zur Besinnung riet und der Türkei Mäßigung im eigenen Interesse empfahl. Die französischen Staatsmänner glaubten, daß alles darauf ankomme, Frankreich nicht außerhalb des schon zu intimen Zusammenarbeitens der drei Großmächte zu lassen.[12]) Sie wollten, wenn sie auch selbst nicht mehr voll daran glaubten, in dem russischen Ersuchen um französische Unterstützung des Schrittes der Ostmächte dieselbe freundliche Gesinnung verspüren, die noch kürzlich Frankreich in einer schwierigen Lage Worte der Ermutigung zugesprochen hatte.[13])

Aber zugleich war Frankreich auch bemüht, die bestehenden Gegensätze zwischen den Großmächten zu überbrücken und auch Italien und vor allem England in eine Front mit Rußland zu bringen.[14]) Diese Vermittlerrolle war schwierig, weil England nicht gewillt war, im Schlepptau der Politik der Ostmächte zu segeln. Ein Gladstone hätte, um den Frieden zu erhalten, sich vielleicht dazu bereit gefunden, ein Disraeli nicht. Ihm kam es darauf an, England eine seiner Größe würdige Stellung zu bewahren. Mit seinem Regierungsantritt 1874 hatte ein Umschwung in der englischen Außenpolitik eingesetzt. Er gedachte die Versäumnisse des letzten Jahrzehnts nachzuholen.

Die Orientfrage machte ihm besondere Sorge. Er klagte, daß seit der Niederwerfung Frankreichs die Außenpolitik für England sehr erschwert sei. Es gäbe kein Gleichgewicht mehr; wenn England sich weigere, mit den drei Nordmächten zusammenzugehen, so sei das für diese ohne große Bedeutung, denn sie könnten auch ohne Egnland handeln. Mit dem Fall Frankreichs, dessen Wiedergeburt als Militärmacht er noch nicht sähe, sei die Möglichkeit der Vertreibung der Türken aus Europa gegeben.[15]) Nur mit Bedenken schloß er sich dem Schritt der Ostmächte in Konstantinopel an.

Noch von einer anderen Seite wurde dem französischen Bemühen Widerstand entgegengesetzt. Österreich war über die französische Einmischung nicht erbaut. Es hatte nicht, wie von russischer Seite geraten worden war, um französische Unterstützung nachgesucht, sondern sogar sein Verwundern darüber zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich sich in der Herzegowina durch einen „délégué" vertreten ließ.[16]) Der Grund für das österreichische Verhalten war die Tatsache, daß Österreich die Herzegowina als sein Interessengebiet betrachtete und den Aufstand als eine österreichische Angelegenheit ansah; nachdem schon Rußland sich eingemischt hatte, besaß Österreich kein Interesse, auch noch Frankreichs Meinung zu hören, das im Ernstfalle eher auf russischer als auf österreichischer Seite stehen würde. Sicher hatte auch die österreichische Auffassung Bismarcks Unterstützung gefunden, der Frankreich aus dem Spiel der Großmächte ausschalten wollte. Mit Sorge verfolgte er das krampfhafte Bemühen Frankreichs, sich der wenn auch noch so entfernten Möglichkeit eines russischen Bündnisses auf dem Boden einer gemeinsamen Aktion im Orient schrittweise zu nähern.[17])

Dennoch nahm Frankreich Anteil an der Orientaktion und in einer Mitteilung an den französischen Botschafter in Wien vom 18. 9. stellte Decazes mit Befriedigung fest, daß trotz den österreichischen Sonderwünschen ein Zusammengehen der Großmächte zustande gekommen sei.

Aber die Ereignisse trieben weiter. Der Erfolg, den man

sich von der Einwirkung der Konsuln der Großmächte auf die verschiedenen Parteien versprochen hatte, blieb aus. Der Aufstand griff um sich. Die Bevölkerung Bosniens schloß sich den Aufständischen in der Herzegowina an. Es bestand die Gefahr und die ersten Anzeichen dafür waren schon da, daß der Funke der Unzufriedenheit auch die aufgespeicherte politische Leidenschaft in Serbien und Montenegro zur Entladung brachte. Gelang es nicht, noch vor dem Einbruch des Winters den Aufstand niederzuwerfen, so war zu befürchten, daß im Frühjahr mit neuen Unruhen größeren Ausmaßes zu rechnen war.[18]) Daher setzte eine verstärkte Tätigkeit der vor allem interessierten Staaten ein. Unter diesen trat mehr und mehr Rußland in den Vordergrund und übernahm, besonders seitdem auch Serbien und Montenegro in den Aufstand hineingezogen zu werden drohten, die Initiative. Seine Einwirkungen richteten sich nach beiden Seiten. Die Aufständischen wurden zur Ruhe ermahnt und Serbien wurde gewarnt, sich dem Vorgehen der Aufständischen gegen die Türkei anzuschließen.[19]) Auf der anderen Seite wollte Rußland, daß von der Pforte zur Herstellung einer dauernden Beruhigung Reformen auf dem Balkan gefordert wurden. Obwohl die Aufforderung zur Teilnahme an diesen Schritten zur Freude der französischen Staatsmänner an alle Garantiemächte des Pariser Friedens gerichtet war,[20]) behielten wie im August die Ostmächte die Beratung über die von der Türkei zu fordernden Reformen in der Hand. Von einer Zusammenarbeit aller Großmächte, in der Decazes die beste Gewähr einer friedlichen Lösung sah, war keine Rede. Rußland und Österreich verhandelten weiter hinter geschlossenen Türen. Was nutzte es, daß Rußland freundliche und tröstende Worte für Frankreich fand, was half es Frankreich, daß Ignatiew versuchte, Österreich als den Sündenbock hinzustellen, der durch seine ehrgeizigen Pläne die friedliche Zusammenarbeit aller Staaten hindere, daß der russische Staatsmann Österreich als den Staat bezeichnete, der die Lösung der Balkanfragen den drei Ostmächten vorbehalten und Frankreich, England und Italien vor fertige Beschlüsse stellen wollte, daß die Donaumonarchie die Besetzung der Herzegowina plane, während Rußland den Frieden von Paris als Ausgangsbasis vorschlage und für die Zuziehung Englands, Frankreichs und Italiens eintrete und durch die Forderung von Reformen für eine dauernde Beruhigung auf dem Balkan sorge?[21])

An der Tatsache, daß Frankreich und England zu den Verhandlungen nicht zugezogen wurden, änderte sich nichts. Es konnte auch Frankreich nicht entgehen, daß Rußlands Taten nicht im Einklang mit seinen Worten standen. Die Weisungen, die von Paris an die Botschafter hinausgingen, wurden immer düsterer. Von der Hoffnungsfreudigkeit des Septembers und

auch der ersten Oktoberwoche war nur noch wenig zu spüren. Decazes sah schon die Gefahr einer militärischen Intervention sich am politischen Himmel abzeichnen.[22])

2. Frankreich und der Kauf der Suezkanalaktien durch England.

Zu diesen Sorgen kamen neue.

Ende November trat der Balkan für Frankreich etwas in den Hintergrund. Ägypten erforderte das Hauptinteresse. Der ägyptische Vizekönig war in Finanzschwierigkeiten geraten und war entschlossen, seine Aktien am Suezkanal zum Kauf anzubieten. Damit entbrannte das Rennen zwischen England und Frankreich, den beiden hauptbeteiligten Mächten. Dabei geriet aber Frankreich trotz allen Bemühungen mehr und mehr ins Hintertreffen. Es suchte nun Hilfe bei den übrigen europäischen Staaten,[23]) besonders auf die Haltung Rußlands hoffte man. Frankreich stellte in Petersburg das englische Vorgehen als eine Bedrohung des europäischen Friedens hin. Aber die gehoffte Antwort aus Rußland blieb aus. Rußland war der englisch-französische Zusammenstoß nicht unlieb. Um so enger mußte sich Frankreich an Rußland anschließen, eine Tatsache, die Rußland für die Balkanfrage zu nutzen gedachte, wenn es hier mit Österreich oder England aneinandergeraten würde. Ferner konnte durch die ägyptische Inanspruchnahme Englands Aufmerksamkeit vom Balkan abgezogen werden. Das wog zusammen mit dem englisch-französischen Gegensatz für Rußland schwerer als die Tatsache der stärkeren politischen Aktivität Englands unter der konservativen Regierung.[24])

Auch in Österreich und Italien stieß die französische Regierung mit ihrer Auffassung auf keinen Widerhall. Andrassy war sogar so offen, seine Freude über den englischen Vorstoß in Ägypten dem französischen Botschafter nicht zu verhehlen. Er feierte ihn als ein Zeichen des erwachenden englischen Interesses an Orientfragen, das für Österreich zur rechten Zeit eintrat.[25]) England konnte für Österreich der Bundesgenosse gegen Rußland werden, wenn, was doch durchaus im Bereich der Möglichkeiten lag, der Interessengegensatz zwischen Österreich und Rußland auf dem Balkan wieder schärfer hervortreten würde. Auch die italienische Regierung sah die Nachricht bedeutend ruhiger an als Frankreich. Deutschland hielt sich ganz zurück, obwohl natürlich der französisch-englische Gegensatz nicht ungern gesehen wurde. Und die Türkei, in der der Aktienverkauf Aufsehen erregte, hatte alle Hände voll auf dem Balkan zu tun. Der Aufforderung Frankreichs, gegen den Aktienverkauf ihres ägyptischen Vizekönigs Einspruch zu erheben und für die Absetzung des ägyptischen Außenministers Nübar zu sorgen,

in dem Frankreich den eigentlichen Urheber sah, einem Schritt, dem die französische Regierung auch hier durch die russische Unterstützung den nötigen Nachdruck geben wollte, konnte die Türkei nicht nachkommen.[26])

Frankreich blieb nichts weiter übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Das französische Volk hätte für Ägypten kaum zu den Waffen gegriffen und die Reorganisation des Staates war noch nicht weit genug durchgeführt, um eine solche Kraftprobe zu bestehen. Dazu kam, daß die politische Situation Frankreichs ungünstig war und daß die gesamtpolitische Lage Europas durch wichtigere Fragen in den Bann geschlagen wurde, als es die ägyptische war. Der Gedanke, der zeitweise bei der französischen Regierung auftrat, sich durch Erwerb anderer Gebiete schadlos zu halten, wurde fallen gelassen. England brachte seine Beute in Ruhe heim. Frankreich mußte sich begnügen mit dem Versprechen, das der englische Außenminister dem französischen Botschafter gab. Mit dem Kauf seien die übrigen Staaten und vor allem die französische „Compagnie générale" nicht aus Ägypten ausgeschlossen. Das englische Vorgehen sei nur eine Defensivmaßnahme gewesen, die durch das englische Interesse an Ägypten geboten gewesen sei. Es läge England fern, sich in die inneren Angelegenheiten des ägyptischen Staates einzumischen.[27]) — Frankreich konnte in Zukunft nur versuchen, ein weiteres Vorschieben des englischen Einflusses zu verhindern.

3. Frankreich und die Andrassy'sche Reformnote.

Die ägyptische Frage war nur eine Episode, die die Balkanfrage auf kurze Zeit unterbrach. Der geringe Widerstand, den Frankreich England entgegengesetzt hatte, zeigte so recht, wie schwach Frankreich noch war. Um so mehr war es bemüht, auf dem Balkan den Frieden durch Zusammenarbeit aller Mächte zu erhalten, um nicht auch hier sehen zu müssen, wie eine Frage von europäischer Bedeutung ohne Frankreich entschieden würde. Auf dem Wege über Rußland wollte es sich Zugang zu den Verhandlungen der Oststaaten verschaffen und vermeiden, daß die drei Ostmächte sich die Entscheidung vorbehielten und vielleicht durch ihre Vereinbarungen ein Zusammengehen mit England unmöglich machten. Aber alle Bemühungen blieben ohne Erfolg. Rußland spendete weiter freundliche Worte und war sichtlich bemüht, Frankreich bei guter Stimmung zu halten. Gortschakow sprach Frankreich gegenüber von dem „accord" aller Mächte, an dem er festzuhalten gedenke,[28]) aber im übrigen war er gebunden an die Abmachungen mit Deutschland und Österreich, die darauf hinausliefen, unter sich zu einer Einigung zu kommen, ehe die Frage vor das europäische Forum gebracht

wurde. In aller Deutlichkeit und ohne jede Schonung wurde das dem französischen Botschafter in Wien von Andrassy am 25. 12. 1875 klar gemacht.[29]) In Berlin bekam man dieselbe Haltung zu fühlen. Die Tendenz der Politik des deutschen Kanzlers, die Orientfrage in erster Linie als eine Angelegenheit seiner beiden Bundesgenossen zu betrachten, wurde dem französischen Geschäftsträger Sayve besonders deutlich, als er während der Durchreise des russischen Reichskanzlers Ende November 75 durch Berlin Gelegenheit hatte, nacheinander mit Bismarck und Gortschakow über die Orientfrage zu sprechen. Sayve machte dabei die Feststellung, daß Bismarck ganz im Gegensatz zu Gortschakow in dieser Frage mehr von einem Zusammengehen der drei Ostmächte als von dem aller Mächte gesprochen habe.[30])

Um aber doch seine Stellung und sein Interesse am Orient zum Ausdruck zu bringen und ihnen einen gewissen Nachdruck zu geben, erwog Frankreich, ob es nicht einige Kriegsschiffe nach Kleinasien schicken solle, um die Flottenstation auf die alte Zahl zu bringen. Um kein Aufsehen zu erregen, wollte es auch Österreich zum gleichen Schritt bewegen.[31]) Der Plan wurde nicht verwirklicht, weil die Donaumonarchie nicht mitmachte.

Inzwischen hatte Anfang Januar 76 eine österreichische Note, die das Datum des 30. 12. 75 trug, die Zustimmung Rußlands gefunden. Sie wurde weiter geleitet an Frankreich, England und Italien mit der Aufforderung, sich der Note anzuschließen.[32]) Die Hauptpunkte der Note, die nicht gemeinsam, sondern von jeder Macht einzeln in Konstantinopel überreicht werden sollte, richteten sich auf:

1. Vorschläge zur Beendigung des Aufstandes,
2. Reformen, die die Türkei in ihrem Balkangebiet durchzuführen hatte,
3. die Zusicherung der Türkei, die Reformen den Mächten mitzuteilen sowie die Verpflichtung der Durchführung der versprochenen Reformen.

Die von Andrassy vorgeschlagenen Reformen waren gedacht als Ergänzung zu den vom Sultan mit den Erlassen vom 2. 10. und 12. 12. 75 gegebenen Reformen, die dieser auf Anraten des russischen Botschafters in Konstantinopel, Ignatiew, der als krassester Vertreter des Panslawismus unter den russischen Staatsmännern auf Schritt und Tritt Österreich bekämpfte und die auf Verständigung mit Österreich abzielende Politik der offiziellen Regierung entschieden ablehnte, erlassen hatte, um den von der Donaumonarchie geplanten Reformvorschlägen den Boden zu entziehen.[33]) Waren die vom Sultan gewährten Verbesserungen für das ganze Reichsgebiet der Türkei bestimmt,

so sollten jene ausschließlich für den Balkan Geltung haben, um hier die Rückkehr zu Ruhe und Ordnung zu erleichtern. Sie enthielten:

1. Durchführung einer unbeschränkten Religionsfreiheit,
2. Abschaffung des Systems der Verpachtung der Steuern,
3. Garantie für die Verwendung der in Bosnien und der Herzegowina gewonnenen Steuern in diesen Gebieten selbst,
4. Einsetzung einer gemischten christlich-türkischen Kommission zur Überwachung der Durchführung der Reformen,
5. Besserung der Lage der Landbevölkerung.[34])

Die Note wandte sich also scharf gegen die Türkei und bedeutete einen Eingriff in die inneren Rechte dieses Staates. Von guten Ratschlägen versprach man sich nichts mehr. Wollte man noch vor dem Beginn des Frühjahrs den Frieden auf dem Balkan herstellen, so waren Reformen notwendig, die die Gemüter der Aufständischen beruhigten. Es war Rußland, das sich hier mit seinem vorwärtstreibenden Willen durchgesetzt hatte, dem sich Österreich anpaßte, um nicht Rußland allein die Rolle des Beschützers der kleinen Balkanvölker zu überlassen und sich ihre Sympathien zu verscherzen.

Frankreich hielt die österreichischen Vorschläge für geeignet, die Zustimmung aller Mächte des Pariser Vertrages zu finden.[35]) Ihm lag besonders daran, daß den Christen das Recht der Religionsfreiheit zugebilligt wurde, daß die Türkei für eine Besserung der Lage der Landbevölkerung sorgte und daß in der Steuerfrage den Balkanvölkern Erleichterungen gewährt wurden.[36]) Frankreich erklärte sich mit der österreichischen Note einverstanden und versuchte, auch England und Italien zu dem gleichen Schritt zu bewegen.[37])

Von diesen hegte England Bedenken gegen Inhalt und Form. Die Reformen schienen ihm schon enthalten in den Erlassen des Sultans vom 2. 10. und 12. 12. In der Forderung an die Pforte sah es daher eine unnötige Schärfe.[38]) Schwerer noch als die sachlichen Bedenken wog für den Ministerpräsidenten Disraeli der Umstand, daß England einer von den Ostmächten abgefaßten Note zustimmen sollte, über die es vorher nicht mitberaten hatte. Die englische Haltung, die der Türkei nicht unbekannt blieb, wirkte auf diese zurück. Der Sultan erklärte Österreich, daß er das Vorgehen der Mächte nicht billigen könne und daß er die Note nicht annehmen werde. Rußland kündigte der Türkei gegen diesen Schritt seinen Protest an und bat neben Deutschland, Österreich und Italien auch Frankreich um die-

selbe Haltung.[39]) Während diese Mächte Rußland ihre Zustimmung gaben, blieb England abseits. Es lehnte es ab, Rußland in seiner Frontstellung gegen die Türkei zu unterstützen und selbst zu der Untergrabung der türkischen Macht beizutragen, die nicht im englischen, sondern nur im russischen Interesse lag. Die Spannung Rußland—England wurde nicht gemindert durch die Versuche der Türkei, diese Differenzen auszunutzen und in dem Widerstand gegen das vorwärtsdrängende Rußland in England eine Stütze zu finden.[40]) Die Einheitsfront der Mächte schien zerbrochen. Von keinem Staat wurde das mehr bedauert als von Frankreich. Ein Hauptziel, das Frankreich von Beginn der Orientkrise an mit Nachdruck und Eifer verfolgt hatte, schien zu scheitern. Frankreich wollte England bei der Regelung dieser wichtigen Frage dabei wissen, weil es in ihm „l'interprète habituel et autorisé de certaines traditions de réserve et de modération" sah[41]). Frankreich, das nichts unversucht ließ, um England zur Zustimmung zu bewegen[42]), hatte sich zu entschließen, ob es mit Rußland gehen wollte und dann Gefahr lief, die englische Freundschaft zu verlieren oder ob es sich aus der Orientfrage heraushielt, um es mit England nicht zu verderben. Die französischen Staatsmänner entschieden sich, obwohl die Pariser Presse durchaus der englischen Auffassung zuneigte, für das Verbleiben an der Seite Rußlands. In einem Schreiben vom 10. 1. 76 stimmte Decazes vollkommen der Auffassung von Le Flô zu, daß es notwendig sei, „de rester d'accord avec des autres cabinets et d'affirmer notre entente", unter der er die französisch-russische Zusammenarbeit verstand.[43]) Und noch klarer tritt uns diese Linie der französischen Politik entgegen in einer Mitteilung von Decazes an seinen österreichischen Botschafter vom 18. 1. Decazes betonte darin, daß er alles getan habe, um Englands Zustimmung zur österreichischen Note zu erreichen. Frankreichs Ziel in der Orientfrage sei immer noch eine „entente complète" zwischen allen Mächten, aber für Frankreich sei die erste Bedingung dieser Entente das Zusammenarbeiten mit Rußland.[44]) Deutlicher konnte es nicht ausgesprochen werden. Decazes und seine Mitarbeiter sahen die Möglichkeit der Verwirklichung ihrer Hoffnungen für die Zukunft, nur im Bunde mit Rußland. Seine Gunst mußte erhalten werden. Rußland vermochte Frankreich viel mehr zu bieten als alle anderen Staaten. Es war Festlandsmacht, war der Nachbar Deutschlands. Was hatte demgegenüber der Inselstaat England aufzuweisen, mit dem Frankreich außerdem in wichtigen Fragen konkurrierte?! Die ägyptische Frage hatte diese Tatsache gerade erst in voller Deutlichkeit gezeigt.

Aber im Augenblick, bei der politischen Gesamtlage Frankreichs fiel den französischen Staatsmännern doch ein Stein vom

Herzen, als England schließlich noch am 18. 1. der österreichischen Note zustimmte und damit das „concert européen" wiederherstellte.[45]) Am 31. Januar wurden die Noten von den 6 Großmächten in Konstantinopel überreicht. Die Pforte, die anfangs jede Einmischung der Großmächte in ihre inneren Angelegenheit ablehnen wollte, nahm die gemeinsame Note wohlwollend auf. Es trat nun eine vorübergehende Beruhigung ein. Die Mächte und die Aufständischen warteten die Wirkung der Reformnote ab. Serbien und Montenegro unternahmen bei den scharfen Warnungen, die ihnen von Rußland und Österreich zugingen, nichts. Die Wintermonate taten das ihrige. Auch die Türkei trug zu der Hoffnung der Besserung und einer friedlichen Beilegung der Streitigkeiten bei durch die am 17. 2. erfolgende Verkündigung von Reformen für Bosnien und die Herzegowina und durch den am 28. 2. veröffentlichen Amnestieerlaß für die Aufständischen.

4. Das Wiederaufleben der Aufstände im Frühjahr 1876 und Frankreichs Bemühen, Englands Zustimmung zum Memorandum von Berlin zu erhalten.

Aber diese groß angekündigten Pläne blieben Worte, denen die Taten nicht folgten. Als sich die ersten Frühlingsboten in den Bergtälern meldeten, war von Seiten der Türkei von den Versprechungen nichts erfüllt worden.

Von neuem regte sich der Geist der Unzufriedenheit bei den Aufständischen und der Wille, nicht eher vom Kampf gegen den verhaßten Bedrücker abzulassen, ehe nicht die wichtigsten, im Januar zugesicherten Zugeständnisse erfüllt waren.

Anfang März trafen auch in den Hauptstädten der Großmächte die ersten beunruhigenden Nachrichten über serbische Rüstungen ein. Eine neue Welle der Vermittlertätigkeit der Mächte setzte ein. Frankreich ließ in Belgrad wissen, daß jede serbische kriegerische Vorbereitung als Ermutigung von den Aufständischen aufgefaßt werden könne. Serbien und Montenegro hätten nichts zu befürchten, auch nicht von den Türken; sie seien geschützt durch den Pariser Frieden.[46]) Vor allem waren wieder Rußland und Österreich bemüht, einem erneuten Ausbruch vorzubeugen. Aber jeder von beiden Staaten beschritt dabei seine eigenen Wege. Die gegensätzlichen Auffassungen des offiziellen Rußlands und Österreichs, die bisher kaum in Erscheinung getreten waren, kündigten sich leise an. Der österreichische General Rodich verhandelte in den nächsten Monaten mit den Aufständischen, allerdings ohne damit Erfolg zu haben. Die Aufständischen stellten Bedingungen, die über das hinausgingen, was im Januar die Mächte von der Türkei verlangt hatten. Sie forderten u. a.:

1. 1/3 des Bodens als Eigentum für die christliche Bevölkerung,
2. Zurückziehung der türkischen Truppen bis auf einige Besatzungen,
3. Wiederaufbau der verbrannten christlichen Kirchen, sowie Steuererlaß und Überlassung von Lebensmitteln.[47])

Österreich lehnte diese Vorschläge als zu weitgehend ab und forderte von ihnen Anerkennung der im Kollektivprogramm enthaltenen Zugeständnisse. Rußland dagegen spielte weiter seine Rolle als Beschützer der Slawen. Es forderte von der Türkei ein energisches Handeln im Sinne der Note der Großmächte, um weiteres Blutvergießen der Christen zu vermeiden. Rußland und Österreich gingen, obwohl sie beide an der Januarnote festhielten, schon verschiedene Wege. Rußland wollte die Schwäche der Türkei ausnutzen, wollte die Bulgaren und die slawischen Völker auf dem Balkan befreien, sich in ihnen gefügige Werkzeuge seiner Politik sichern und auf diesem Wege seinen Einfluß auf der Halbinsel vorwärtstreiben. Nie und nimmer konnte Österreich das gestatten. Seit der Ausschaltung aus Deutschland und Italien blieb Österreich nur der Balkan als Betätigungsfeld. Bosnien, die Herzegowina, Serbien und von vielen auch noch der Osten, Bulgarien, wurden als österreichisches Interessengebiet betrachtet. In den ersten Monaten der Krise waren diese Gegensätze noch nicht in Erscheinung getreten. Man glaubte noch auf beiden Seiten, den Aufstand niederhalten zu können. Je mehr aber diese Wahrscheinlichkeit schwand und der Brand des Aufruhrs den Balkan erfaßte, umso angriffslustiger, um so entschlossener wurde Rußland, umso mehr geriet die Regierung unter den Einfluß der altrussischen Partei. Während es noch an dem Zusammengehen mit Österreich festhielt und an dem Versuch, durch Reformen der Türkei einen Krieg zu verhindern, stellte es sich in seinen Gedanken schon auf einen Krieg ein und traf seine diplomatischen Vorbereitungen für den Ernstfall. Von Monat zu Monat wurde sein Ton und seine Tendenz gegen die Pforte stärker. Vom gut gemeinten Rat und der moralischen Einwirkung steigerte sich die russische Haltung zur Forderung, zum Ultimatum, um schließlich in der Kriegserklärung ihr Ziel erreicht zu haben.

Frankreich war wieder vor eine neue Situation gestellt. Der österreichisch-russische Gegensatz war der französischen Regierung genau so wenig angenehm wie die Lage im Januar, als England sich von der österreichisch-russischen Politik loszusagen schien. Nur wenn die Großmächte einig waren, bestand die Wahrscheinlichkeit, daß der Orientkonflikt friedlich beigelegt wurde. Frankreich mahnte in Petersburg und Wien zur

Einigkeit und bemühte sich, auch England für ein gleiches Vorgehen zu gewinnen.[48])

Aber neue Ereignisse traten ein. Die Türkei hatte den Krieg gegen Montenegro beschlossen, dessen Untertanen die Aufständischen stark unterstützten. Rußland nahm sich dieses slawischen Staates an, riet der Türkei sehr energisch von ihrem Vorhaben ab und forderte die anderen Mächte auf, ein Gleiches zu tun.[49]) Frankreich kam dem sofort nach. Auf die verschiedenen Einsprüche hin beschränkte sich die Türkei auf die Aufstellung eines Beobachtungskorps bei Skutari und noch einmal wurde der Ausbruch des Krieges verhindert. Aber geschehen mußte etwas. Darüber waren sich die Mächte klar. Die Erregung auf allen Seiten war noch durch die Nachricht von der Ermordung des deutschen und französischen Konsuls in Saloniki durch Mohamedaner gesteigert worden. Aus Rumelien traf die Kunde ein, daß es auch dort zu Aufständen gekommen war. Die Mächte erwogen bereits die Absendung von Kriegsschiffen an die gefährdeten Stellen.

Da fanden sich Österreich und Rußland noch einmal zu gemeinsamer Tat zusammen. Der Zar, Gortschakow und Andrassy weilten vom 9. 5. bis 12. 5. 76 in Berlin. Wieder berieten die Ostmächte unter sich, ohne Frankreich, England und Italien hinzuzuziehen. Frankreich bemühte sich, doch noch einen gewissen Einfluß auf die Verhandlungen zu gewinnen. Le Flô in Petersburg hatte dem Zaren vor seiner Abreise die Ereignisse des Mai in Erinnerung zu bringen, die an derselben Stelle vor einem Jahre stattgefunden hatten, an der jetzt die drei Mächte zur Verhandlung zusammentraten.[50]) Gontaut-Biron erhielt die Anweisung, in Berlin den Anschluß an den Zaren und Gortschakow zu suchen und zu versichern, daß Frankreich weiter zur Teilnahme an friedlichen Schritten bereit sei, daß es aber an militärischem Vorgehen nicht teilnehmen werde.[51]) Und ferner sollte Gontaut-Biron dafür stimmen, daß die drei Mächte nicht zu einer förmlichen Konferenz zusammentraten, die zu festen Beschlüssen führte, sondern zu einem unverbindlichen Gedankenaustausch, dessen Überlegungen und Erwägungen als Grundlage für Besprechungen aller Großmächte dienen konnte.[52]) Frankreich wollte der Zusammenkunft und den Beratungen der Minister der Ostmächte eine Form geben, die die Mitwirkung Englands ermöglichte. Daraus wurde nicht viel. Die drei Ostmächte blieben zunächst unter sich und als Bismarck zum 13. 5. die Gesandten Frankreichs, Englands und Italiens zu einer Besprechung einlud, an der auch Gortschakow und Andrassy teilnahmen, geschah das nur, um diesen Mächten das von ihnen beschlossene Programm, das sich durch die neuen Ereignisse notwendig gemacht hatte, vorzulegen und sie um ihre Unterstützung zu bitten.[53]) Die Ostmächte schlugen zum

Schutz der Untertanen der Großmächte in der Türkei die Absendung von Kriegsschiffen an die gefährdeten Stellen vor. Die Kommandanten sollten die Anweisung erhalten, im Ernstfall gemeinsam zu operieren. Weiter hatten sich die Ostmächte geeinigt, an die Türkei die Aufforderung zu richten, mit den Aufständischen einen zweimonatigen Waffenstillstand zu schließen. Diese Zeit sollte den Großmächten Gelegenheit geben, ihren mäßigenden Einfluß nach allen Seiten fühlbar werden zu lassen. Vor allem wollte man die Pforte unter Druck setzen, nun endlich etwas von den versprochenen Reformen durchzuführen. Um den Aufständischen Vertrauen in die Wachsamkeit und Sorgfalt Europas einzuflößen, stellte man eine Reihe von Punkten auf, über die die Türkei sich mit den Aufständischen zu einigen hatte. Diese Punkte waren:

1. Lieferung von Baumaterial und Lebensmittel für die verwüsteten Gebiete,
2. Einsetzung einer gemischten Kommission, die die Ausführung der Reformen und die Verteilung der Mittel zu überwachen hatte,
3. Zusammenziehung der türkischen Truppen auf einige Punkte,
4. die Christen behalten ebenso wie die Mohamedaner ihre Waffen.[54])

Diese Punkte bedeuteten ein starkes Eingehen auf die Wünsche der Aufständischen. Sie enthielten viel von den Forderungen, die im März 76 dem österreichischen General Rodich überreicht und dann als zu weitgehend abgelehnt worden waren. Rußland hatte wieder einen Schritt vorwärts getan und Österreich hatte sich angeschlossen. Für den Fall, daß die Türkei sich mit den Aufständischen in zwei Monaten nicht einigte, waren schärfere Maßnahmen in Aussicht genommen.

Decazes gab schon am 14. 5. 76 unter Hintanstellung seiner Bedenken die französische Zustimmung zu diesem Berliner Memorandum[55]) und bemühte sich ferner, seiner alten Linie treu bleibend, auch England und Italien zur selben Haltung zu bewegen.[56]) Doch diesmal waren alle Anstrengungen vergebens. Disraeli lehnte die Berliner Vorschläge ab und erklärte, daß es geradezu ein Hohn sei, den Wunsch auszusprechen, die Mächte müßten einheitlich auftreten und dann auf der anderen Seite England, Frankreich und Italien von den Erwägungen auszuschließen und England telegraphisch aufzufordern, zu Vorschlägen ja oder nein zu sagen, die England niemals diskutiert habe.[57]) Zu dieser Ablehnung der Form, in der an England die Aufforderung erging, kamen die sachlichen Gegensätze. England lehnte es ab, mit Banden zu verhandeln. Die im Memorandum aufgestellten Punkte schienen ihm ohne Ausnahme für die

Türkei als autonomen Staat unannehmbar.[58]) Es gab für England eine Grenze, bis zu der es sich der türkenfeindlichen Haltung Rußlands anschließen konnte. Diese Grenze war mit den Januarforderungen, zu denen England, wenn auch unter Bedenken, sein Ja gegeben hatte, erreicht. Hatte sich Österreich noch einmal mit Rußland in eine Front gestellt, um den europäischen Frieden zu wahren und auch Frankreich aus der Schwäche seiner Lage heraus ein gleiches getan, England sagte sich los. Jeder weitere Schritt wäre im russischen und nicht im englischen Interesse gewesen, das in der Erhaltung einer lebensfähigen Türkei bestand, die in der Lage war, dem russischen Vordringen auf die Meerengen Widerstand entgegenzusetzen. Disraeli blieb auch dann fest, als die Königin ihre Bedenken äußerte, daß England sich isolieren könnte, daß die englische Haltung ermutigend auf die Türkei wirke und daß damit ein neuer Krieg wahrscheinlich sei[59]) und als Lord Odo Russel's Mahnungen eintrafen, die auf die ernstlichen Folgen einer Ablehnung hinwiesen.[60]) Auch alles Zureden von Seiten Frankreichs half nichts. Gerade Andrassy, dem das Vorgehen Österreichs an der Seite Rußlands unheimlich zu werden begann, trieb Decazes zu immer neuen Versuchen an, doch noch England heranzuholen. Decazes gab sich alle Mühe, England die Berliner 5 Punkte als eine konsequente Weiterführung der seit dem Ausbruch der Unruhen verfolgten friedlichen vermittelnden Politik hinzustellen und die Einwände Derby's zu widerlegen, der die 5 Punkte für zu freundlich für die Insurgenten ansah.[62]) Aber Disraeli blieb standhaft. Am 20. 5. 76 erfolgte die offizielle englische Ablehnung, die noch verstärkt wurde durch die einige Tage später erfolgende Absage Englands an die drei Kaisermächte, Änderungs- oder Gegenvorschläge zum Berliner Memorandum zu machen.[63]) Und um seinem Verhalten die nötige Betonung zu geben und zu zeigen, daß England auch allein handeln könne, wurden englische Schiffe zur Beobachtung in die türkischen Gewässer geschickt. Auch die Stationierung dieser Schiffe in der Besika Bai, also in der Nähe der Dardanellen, brachte den Willen scharf zum Ausdruck, die englischen Interessen im Orient zu wahren.

Mit dem englisch-russichen Gegensatz begannen die Schwierigkeiten für Frankreich erst so recht.

Nachdem alle Versuche Frankreichs, das Einverständnis mit England herzustellen, gescheitert waren, gab Decazes am 28. 5. als letzter der 5 Staaten dem französischen Botschafter in Konstantionpel die Anweisung, genau so wie die vier anderen Mächte die Note an die Türkei zu überreichen.[64]) Allerdings nicht ohne Rußland zu verstimmen, daß das französische Zögern — schon am 23. 5. hatte Gortschakow an die vier Mächte die Aufforderung zu diesem Schritte gerichtet.[65]) — nicht ver-

stehen wollte.[66]) Es glaubte Anspruch zu haben auf die unbedingte Gefolgschaft Frankreichs. Dem französischen Wunsch, zwischen England und Rußland die Vermittlerrolle zu übernehmen, um im Orient den Frieden zu erhalten, eine Politik, die auch in der Frage der Anerkennung des durch die Palastrevolution vom 30. 5. an die Regierung gekommenen Sultans deutlich wurde[67]), brachte Rußland wenig Verständnis entgegen. Gortschakow ließ Gontant-Biron, mit dem er zusammen in Ems weilte, wissen, daß das Verhalten Frankreichs ihm Zweifel einflöße an der Fortsetzung des guten Einvernehmens, das bisher bestanden hätte. Er habe den Eindruck, als ob Frankreich nach den Anweisungen Englands handele. Er forderte Frankreich auf, auch seinerseits die Flotte im Orient zum Schutze der Christen einzusetzen und wies hin auf den Vorteil, den er Frankreich damit anböte. Gontaut-Biron suchte Gortschakow zu beschwichtigen. Er betonte die zahlreichen französischen Hilfeleistungen und das Interesse, das auch Rußland daran haben müsse, England im Bunde mit den übrigen Staaten zu wissen.

Es half nichts. Gortschakow blieb bei den Zumutungen, die er Frankreich gestellt hatte. Das war mehr, als Frankreich tun konnte. Und so sehr auch Le Flô und Gontaut-Biron immer wieder den Anschluß an Rußland predigten, Decazes bewahrte gegenüber dem russischen Drängen Zurückhaltung.[68]) Er erkannte die Richtigkeit der Überlegungen seiner Botschafter in Berlin und Petersburg an, daß Frankreich Rußland Dank schulde. Frankreich könne sich aber nicht blindlings Rußland verschreiben. Im Augenblick handele Rußland zu schnell. Frankreich könne der russischen Verärgerung nicht seine Gegenwart und Zukunft opfern. Eine derartige Politik würde das französische Volk nicht mitmachen. Für eine Intervention oder Okkupation sei Frankreich nicht zu haben. Alles, was Frankreich tun könne, sei, zu versuchen, die russisch-englischen Standpunkte wieder einander zu nähern. Damit blieb Rußlands Verstimmung. Gortschakow sprach in einem Schreiben an seinen Botschafter in Konstantinopel vom Zögern Frankreichs, von den „illusions par rapport au résultat de ses négociations entamées avec l'Angleterre et de perte de temps.[69]) Frankreichs Begründungen für seine Haltung erkannte er nicht an.

Aber noch einmal bestand die Hoffnung, daß die Gefahr der russisch-englischen Meinungsverschiedenheiten gebannt wurde. Mitte Juni trat eine Annäherung der russisch-englischen Standpunkte und damit eine Besserung des russisch-französischen Verhältnisses ein. Frankreich rechnete es sich als Verdienst an, diese Verständigung zustande gebracht zu haben. Aber es war doch keine reine Freude, die bei den französischen Staatsmännern aufkam. Als Decazes die ersten

Nachrichten über das englische Einlenken erfuhr, da antwortete er am 16. 6. Gontaut-Biron: „Zeigt euch erfreut über dieses Zusammenfinden, aber glaubt nicht zu sehr daran! Der Boden des gemeinsamen Vorgehens ist noch nicht gefunden."[70]) Und auch Gontaut-Biron, der aus Ems diese Nachrichten und die Besserung der russischen Stimmung gegenüber Frankreich mitteilte, endete mit dem Ausruf: Puisse-t-elle continuer![71])

5. Der serbisch-türkische Krieg und Frankreichs Vermittlung zwischen England und Rußland vor und während der Konstantinopler Konferenz.

Da brach Anfang Juli der Krieg der Türkei gegen Serbien und Montenegro aus und schuf für alle Staaten eine neue Lage. Frankreich wollte wie England den Dingen freien Lauf lassen.[72]) Denn was konnte schon eintreten?! Unterlag die Türkei, so war anzunehmen, daß sie sich den Forderungen Europas beugen würde. Siegte sie, so bestand die Möglichkeit, die Aufständischen zur Mäßigung ihrer Forderungen zu zwingen. Frankreich sah in diesen Überlegungen einen brauchbaren Vorschlag für ein gemeinsames Vorgehen der 6 Mächte. Alles kam darauf an, Rußland dafür zu gewinnen. Dieses tat sich mit Österreich zusammen und besprach in Reichstadt die durch den Krieg geschaffene Lage. Beide Staaten einigten sich noch einmal auf den Standpunkt der Nichteinmischung, aber in einem Geheimabkommen besprachen sich beide schon für den Fall, daß der Zusammenbruch der Türkei erfolge. Österreich sollte dann Bosnien und die Herzegowina, Rußland die Donaumündungen erhalten. Vorläufig wollte man abwarten und dann vertrauliche Besprechungen mit allen Großmächten pflegen. So trat für die nächste Zeit Ruhe ein. Für Frankreich bestand die Hoffnung, daß sich vielleicht doch noch alles zum besten wende.

Aber diese Hoffnung dauerte nur kurze Zeit. Die ungeordneten serbischen Haufen unterlagen sehr schnell den Türken. Die Serben riefen Ende August auf englischen Vorschlag hin die Hilfe der Großmächte an.[73]) England schlug vor, daß diese durch ihre Vertreter in Konstantinopel den Sultan zur Einstellung der Feindseligkeiten auffordern sollten, ein Vorschlag, der durchaus die Zustimmung Frankreichs fand, zumal auch Rußland dafür stimmte. So weit war man sich einig. Würde diese Einmütigkeit auch bleiben, wenn es um die Bereinigung der Streitfragen zwischen den Türken und den Aufständischen ging? Die Vorgänge in Rußland ließen das kaum erwarten. In weiten Kreisen des russischen Volkes fand die slawische Agitation aufnahmefreudigen Boden, die eine feste Vertretung der serbischen und montenegrinischen Wünsche gegenüber der Türkei von der russischen Regierung forderte. Le Flô berichtete

schon am 28. 8. darüber an Decazes. Er sah, was kommen würde, und ahnte schon, daß die gerade überbrückte Kluft zwischen England und Rußland wieder aufreißen und daß Frankreich erneut damit vor die Wahl gestellt würde. Er wollte die Entscheidung in Paris beeinflussen. Für ihn war diese Frage schon entschieden, er trat rückhaltlos für den Anschluß an Rußland ein.[74])

Wenn der September noch ruhig verlief und Frankreich nicht vor eine Entscheidung gestellt wurde, so deshalb, weil inzwischen eine Klarstellung der Fronten innerhalb der drei Ostmächte vorgenommen wurde.

Die russische Regierung, die sich nach der Niederlage des serbischen Heeres, das unter Führung eines russischen Generals gestanden hatte, einem erneuten Ansturm der Panslawisten ausgesetzt sah — Ignatiew war ebenfalls herbeigeeilt[75]) — war zum Handeln bereit und — wenn es nicht anders ging — auch zum Kampf gegen Österreich. Es konnte das aber nur, wenn es wußte, daß im Kriegsfall Deutschland nicht hinter Österreich stehen würde. So kam es zu der bekannten Anfrage Rußlands an Deutschland. Bismarck erklärte klar und offen, daß er im Falle eines österreich-russischen Krieges eine lebensgefährliche Verwundung eines der beiden Staaten nicht zulassen würde. Damit blieb Rußland nichts übrig, als sich weiter mit Österreich zu verständigen und durch Verhandlungen die Serben vor den Türken zu schützen.

Die Kämpfe zwischen Türken und Serben im Morawatal waren inzwischen weiter gegangen, da die Verhandlungen über einen Waffenstillstand an den Forderungen der Türken, die im Gefühl ihres Sieges den Frieden diktieren wollten und auch einen englischen, vermittelnden Friedensvorschlag nicht annahmen, gescheitert waren. Nunmehr legten sich Anfang Oktober England und Rußland ins Mittel. Sie forderten einen Waffenstillstand von 4 bis 6 Wochen, um den Großmächten Zeit zu geben, sich zu einer Konferenz zusammenzusetzen.[76])

Das war ganz im Sinne Frankreichs. Decazes glaubte, daß nur noch eine Konferenz eine Bereinigung der schwebenden Fragen bringen könne. Er wollte alle dahin gehenden Schritte unterstützen, ohne selbst die Initiative zu ergreifen.[77]) Aber ehe es zur Einberufung einer Konferenz kam, waren noch zahlreiche, zwischen England und Rußland schwebende Meinungsverschiedenheiten zu schlichten. Wieder trat an Frankreich die undankbare Aufgabe heran, den Vermittler zu spielen. Rußland wollte eine scharfe Stellungnahme gegen die Türkei erreichen. Diese sollte nicht zur Konferenz zugezogen werden, und, falls die Türkei sich weigerte, die Konferenzbeschlüsse anzunehmen, wollte Rußland die diplomatischen Beziehungen zu ihr abbrechen und zum Gebrauch von „moyens coercitifs" grei-

fen.[78]) England dagegen wollte von einer Ausschließung der Türkei von der Konferenz nichts wissen und sah für den Fall der Ablehnung nur einen moralischen Protest und die Drohung der Zurückziehung seiner Hilfe vor. Die russische Absicht, die Ablehnung der Bedingungen durch die Pforte mit der Einfahrt einer Flotte in den Bosporus zu beantworten, wurde von England glatt abgewiesen und auch der Gedanke einer Besetzung Bulgariens durch russische und Bosniens durch österreichische Truppen löste in England schwere Bedenken aus.[79]) Frankreichs Auffassung stand wieder einmal der Englands näher als der Rußlands. Seiner Meinung nach stand auf Grund des Pariser Vertrages, den Frankreich als selbstverständliche Verhandlungsbasis betrachtete, der Türkei einfach eine Teilnahme zu, und von dem von Rußland geforderten Abbruch der diplomatischen Beziehungen bei Ablehnung der Bedingungen durch die Türken versprach es sich gar nichts.[80]) Außerdem war klar, daß diese Bedingungen von der Türkei kaum angenommen werden und daß sie nicht zur Beruhigung und Bereinigung beitragen konnten. Und daran lag Frankreich alles.[81]) Um schließlich zwischen der englischen und russischen Auffassung zu vermitteln, schlug Decazes am 12. 10. 76 dem englischen Botschafter vor,[82] daß zunächst eine Vorbesprechung der Garantiemächte unter sich stattfinden und dann erst eine Konferenz unter Hinzuziehung der Türkei in Konstantinopel einberufen werden sollte, auf der die Mächte nicht durch ihre Außenminister, sondern durch Bevollmächtigte vertreten waren. Die Grundlage des Konferenzprogramms sollten nach französischer Auffassung die von der britischen Regierung im September den Türken gemachten Vorschläge bilden, die den status quo für Serbien und Montenegro, lokale Autonomie für Bosnien und die Herzegowina und eine Garantie gegen schlechte Verwaltung in Bulgarien vorsahen.[83])

Nachdem man sich auch noch über die Frage der Dauer des Waffenstillstandes geeinigt hatte,[84]) nahm England im November seinen Konferenzvorschlag vom Oktober wieder auf[85]) und schlug als Verhandlungsgrundlage sein im Oktober entwickeltes Programm vor, dem als weitere Bedingung noch die Forderung der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität der Türkei zugesellt wurde. Alle Mächte, auch Rußland, stimmten zu.[86]) Damit setzte die sachliche Arbeit ein, die Regierungen mußten sich klar werden über die Fragen, die in Konstantinopel zur Diskussion standen. Für Decazes stand fest, daß Frankreich sich auch weiterhin zurückzuhalten hatte. Frankreichs Interessen waren zu gering, um irgendwo die Initiative zu ergreifen.[87]) Die Rede, die Decazes am 3. 11. 76 vor dem Senat hielt, die Richtlinien, die er den Bevollmächtigten für die Konferenz, Bourgoing, der sich zur Rücksprache selbst

nach Paris begab, und Chaudordy, mitgab, enthielten daher als oberste Forderung: Erhaltung des Friedens. Alles, was diesem Ziele dienen konnte, sollte von Frankreich die wärmste Unterstützung finden. Es war bereit, in gewisse Veränderungen des status quo zu Gunsten der Balkanvölker zu willigen, wenn es die übrigen Mächte für notwendig halten sollten. Auch Rußland wollte Frankreich, um es bei guter Stimmung zu erhalten und Beweise seiner „parfaite cordialité" zu liefern, gestatten, die Gebiete nördlich der Donaumündungen zurückgewinnen, die es 1856 verloren hatte, wenn diese Forderung nicht von den anderen Mächten als Ausgangspunkt für eigene Kompensationsforderungen benutzt würde.[88]) In diesem Zusammenhang wies Decazes die französischen Vertreter an, ein wachsames Auge auf die italienischen Bestrebungen in Tunis und die englischen in Ägypten zu werfen.[89]) Für Frankreich bestand nur eine Schranke, die sein weiteres Mitgehen unmöglich machte, die militärische Aktion von irgend einer Seite. Es wollte nicht seine strikte Neutralität verlassen, um sich in den französischen Interessen fremde Kämpfe verwickeln zu lassen. Am ehesten glaubte Frankreich alle diese Ziele zu erreichen, wenn es für die im Berliner Memorandum geforderten Reformen eintrat, die die Türkei den Balkanvölkern zu gewähren hatte. So glaubte Decazes am besten die „place estimée dans le concert européen" behaupten zu können und für die Zukunft Frankreich die volle Freiheit seiner Entschließung zu wahren.[90])

Die französischen Wünsche ließen sich mit den Zielen aller anderen Staaten in Einklang bringen, nur nicht mit denen Rußlands. Weder England noch Österreich, von Deutschland und Italien ganz zu schweigen, trugen sich mit Absichten, die nur durch Krieg zu verwirklichen waren. Allein Rußland war zum Handeln entschlossen und lehnte jedes Nachgeben oder Hinausschieben ab. Die erneute Forderung Gortschakows an Deutschland um Zusicherung seiner Hilfe[91]), die Kriegsstimmung in Rußland[92]), die Rede des Zaren am 11. 11. in Moskau, dem Zentrum aller panslawistischen Bestrebungen, die Mitte November erfolgende Mobilisierung der russischen Armee, die Pläne, die Ignatiew in Konstantinopel erörterte, zeigten deutlich, wohin Rußland steuerte. Für die strikte Neutralität Frankreichs, die die Staatsmänner der Republik auch Rußland gegenüber immer wieder mit der innerpolitischen Lage Frankreichs begründeten, hatte man im Zarenreich kein Verständnis. Vergebens beteuerte Le Flô, daß Frankreich die besten Absichten habe, daß aber die Krise für Frankreich zwei Jahre zu früh gekommen sei. Im Zarenreich glaubte man, daß Rußland nach dem, was es für Frankreich getan hatte, mehr erwarten dürfe. Le Flô betonte, daß die Rückgewinnung dieses verlorenen Terrains, das an Deutschland zurückgefallen sei, abhänge von der Haltung und

der Sprache der französischen Vertreter in Konstantinopel. Er warnte vor einem zu engen Zusammengehen mit England, das für Frankreich gleichbedeutend sein würde mit dem Verlust der Erfolge der Arbeit von 5 Jahren, ohne daß dafür etwas Neues gewonnen würde. Das französische Ziel müsse immer darauf ausgerichtet sein, zu vermeiden, daß Berlin wieder zum Angelpunkt der russischen Politik werde.

Für die Konstantinopeler Konferenz waren diese Tatsachen schlechte Vorboten, zumal feststand, daß England entschlossen war, nicht zu dulden, daß Rußland im Orient die Oberhand bekam und Konstantinopel bedrohte. Vom 11.—22. 12. 76 tagte die Vorkonferenz der 6 Mächte in Konstantinopel. Der französische Vertreter Chaudordy, der stärker hervortrat, als es sonst der französischen Haltung in der Orientpolitik entsprochen hatte, zeigte sich ängstlich bemüht, den Russen zu gefallen und zur Erhaltung des Friedens Rußland und England in eine gemeinsame Front einzureihen.[93]) Ihm war klar, daß hier eine letzte Chance für die Möglichkeit der Verwirklichung der französischen Wünsche lag.[94])

Am 23. 12. fand die erste Sitzung unter Anwesenheit der türkischen Regierungsvertreter statt.

Die Begleitumstände dieser ersten Gesamtsitzung waren kein gutes Omen für einen gedeihlichen Ausgang. Die türkische Regierung benutzte die Stunde des Zusammentritts, um in feierlicher Weise eine neue türkische Verfassung zu verkünden, die gerade in wesentlichen Punkten von den Mächten als Herausforderung empfunden werden mußte (Unteilbarkeit des Reiches, Aufrechterhaltung des heiligen Gesetzes, Betonung des Islams als Staatsreligion). Die Pforte reichte zu den Beschlüssen der Vorkonferenz einen Gegenvorschlag ein, der in wesentlichen Punkten Abweichungen enthielt und einer Ablehnung der Beschlüsse der Großmächte gleichkam. Die Stimmung in Konstantinopel und die Haltung der Pforte, die an den religiösen Fanatismus und die blinde Gefolgschaft der Untertanen appellierte, ließ keine Änderung erwarten. Die Türkei beharrte auf ihrer Ablehnung im Vertrauen auf die Einflüsterungen des englischen Botschafters Elliot, der hier nicht in Übereinstimmung handelte mit der Mehrheit der englischen Regierung. Die Tagungen der Konferenz zogen sich zwar noch bis zum 20. 1. 77 hin, ohne aber ein anderes Ergebnis zu zeitigen, obwohl die Mächte der Türkei noch in einer Reihe von Fragen Zugeständnisse machten.

Decazes war sich klar, daß das einer Aufhebung der diplomatischen Beziehungen der Mächte zur Türkei gleichkam, daß Rußland jetzt nicht mehr zu halten war. Am liebsten wäre dieses gleich gegen die Türkei zu Felde gezogen. Frankreich dachte es dabei die Aufgabe zu, mit seiner Flotte den russischen

Angriff zu Lande zu unterstützen.[95]) Frankreich ließ aber keinen Zweifel daran, daß es dafür auf keinen Fall zu haben war. Diese peinliche Situation wurde für Frankreich stark gemildert durch die Tatsache, daß in Rußland und England die Schuld am Scheitern der Konferenz Bismarck zugeschoben wurde. Man beschuldigte den deutschen Kanzler, daß er durch seine schroffe Haltung gegenüber der Türkei Rußland in den Krieg treiben wolle, um über Frankreich herzufallen.[96]) Diese Gelegenheit ergriff Decazes sofort, weil er eine neue Möglichkeit für Frankreich sah, eine Entente mit England und Rußland herzustellen.[97]) Le Flô konnte aus Petersburg über die günstige Stimmung berichten, die in Rußland für Frankreich herrschte.[98])

6. Frankreich und die russischen diplomatischen Vorbereitungen für einen Krieg gegen die Türkei nach der gescheiterten Konstantinopler Konferenz.

Inzwischen unternahm Rußland die notwendigen Schritte, um sein Vorgehen gegen die Türkei diplomatisch vorzubereiten Am 31. 1. 77 ging ein Schreiben Gortschakows an alle Großmächte hinaus, das bestimmt war, das Terrain zu sondieren.[99]) „Das kaiserliche Kabinett" so hieß es in diesem Zirkular, „hat die Orientfrage von Anfang an als eine europäische Frage betrachtet, die nur durch Zusammenarbeit aller Mächte entschieden werden konnte und sollte. Jeden Hintergedanken unterdrückend, hat Rußland nur die Forderung an die Türkei gestellt, die Christen gerecht und menschlich zu behandeln, um Europa nicht dauernder Unruhe auszusetzen. Die Weigerung der Türkei trifft Europa in seiner Würde und Ruhe. Es ist uns wichtig zu wissen, was die Kabinette, mit denen wir bisher zusammenarbeiteten, tun werden, um auf diese Weigerung zu antworten und die Ausführung ihres Willens zu gewährleisten".

Frankreich antwortete auf diese Anfrage, daß es nach wie vor als das anzustrebende Ziel die friedliche Lösung durch Zusammenarbeit der Mächte sähe und daß es festhalte an dem Grundsatz, sich von jedem militärischen Vorgehen fernzuhalten.[100]) Der englische Botschafter Lyons in Paris hatte denselben Eindruck.[101]). Frankreich werde kaum imstande sein, der Lockung eines Offensiv- und Defensivbündnisses mit Rußland gegen Deutschland zu widerstehen, wenn es angeboten werde; aber in der Orientfrage würde es seine eigenen Kräfte auf jeden Fall diesseits der deutschen Grenze zu sehen wünschen.

Mit Österreich hatte Rußland schon früher die Verhandlungen aufgenommen. Noch vor dem endgültigen Scheitern der Konferenz war am 15. 1. 77 von beiden Staaten eine Konvention unterzeichnet worden, die, zurückgehend auf die

geheimen Abmachungen von Reichstadt, die Stellung Österreichs im Falle eines russisch-türkischen Krieges, sowie das Pfand, das Rußland für die österreichische wohlwollende Neutralität zu zahlen bereit war, klarstellte. In einem Zusatzprotokoll vom 30. 1. einigten sich beide Staaten noch über die Gebiete, die beiden Staaten zu erwerben erlaubt sein sollte, und gab Rußland das Versprechen, keinen großen, in sich geschlossenen slawischen oder anderen Staat für den Fall der Auflösung des türkischen Reiches aufzurichten.[102]) Im März bereiste Ignatiew nacheinander Berlin, Paris und London, um das russische Programm darzulegen. Auf der Rückreise besprach er sich auch in Wien mit Andrassy. Am 5. 3. traf er in Paris ein. Decazes war über die Unterhaltung mit dem russischen Staatsmann sehr zufrieden. Die Vorschläge, die Ignatiew aus Petersburg mitbrachte, konnten nach seiner Meinung von jeder Macht angenommen werden. Auch die Stellung der englischen Staaatsmänner war so, daß berechtigte Hoffnung bestand, daß sich das Zusammengehen England-Rußland und damit die Einheit der Großmächte erhalten ließ.[103])

In England hatte sich in immer weiteren Kreisen die Erkenntnis durchgesetzt, daß sich mit der alten Politik gegenüber der Türkei nichts mehr erreichen ließe. Für England komme es darauf an, seine territorialen Gewinne zu wahren. Unter diesem Gesichtspunkt sei es besser, wenn die kriegerische Auseinandersetzung im Orient schon jetzt erfolge. In einem Jahr würde die Lage für England schon wieder ungünstiger sein. Frankreich sei dann schon wieder auf den Beinen und könne England im Mittelmeer Schwierigkeiten bereiten und Deutschland sei dann wahrscheinlich schon Seemacht.[104]) Tatsächlich kam nach einigen Zugeständnissen Rußlands eine Einigung zwischen ihm und England zustande.[105]) In dem von allen Mächten am 31. 3. unterzeichneten Protokoll wurde eingangs mit Nachdruck auf die Aufrechterhaltung des auf glückliche Weise zwischen ihnen erreichten Einvernehmens hingewiesen, — obwohl diese Einheitlichkeit durch die Zusätze Englands und Rußlands zu diesem Protokoll schon wieder illusorisch war — und dann gefordert:

1. Friede mit Montenegro unter der Bedingung der Grenzberichtigung und freier Schiffahrt nach Boiana,
2. Abrüstung,
3. Einhaltung der den Christen gemachten Versprechungen.

Obwohl Decazes die Form beanstandete, die die Eigenliebe des Sultans nicht genügend berücksichtige, gab er doch die französische Zustimmung. Er hielt es nicht mit der französischen Politik für vereinbar, Bedenken zu äußern, nachdem

England und Rußland eine gemeinsame Formel gefunden hatten. Auf diese letzte Tatsache setzte er seine schwachen Hoffnungen. Wenn man die Türkei zur Annahme dieser Bedingungen hätte zwingen können, bestand noch eine letzte Möglichkeit, den Frieden zu erhalten. Daher wurde der französische Vertreter in Konstantinopel angewiesen, den englisch-russischen Plan zu unterstützen und zwar „énergiquement".[106]) Frankreich drängte den Sultan nachzugeben und einen Vertreter nach Petersburg zu schicken, um über die Abrüstung zu verhandeln.

Der Erfolg blieb aus. Die Türkei lehnte die Forderungen der Mächte ab. Die Zusatzerklärung Englands zu dem Protokoll gab der Türkei den Mut hierzu. Rußland war nunmehr entschlossen, die Türkei zur Annahme zu zwingen und, wenn es sein mußte, mit militärischer Gewalt. Was Frankreich zwei Jahre lang abzuwehren sich bemüht hatte, trat ein. Die gemeinsame Front, das „concert européen", wurde durch das Ausbrechen Rußlands zerbrochen, der Krieg war da. Frankreich wurde vor wichtige Entscheidungen gestellt. In einem längeren Schreiben vom 12. 4. nahm Decazes zu der neuen Situation Stellung.[107]) Ihm flößte das isolierte russische Vorgehen größte Bedenken ein. Rußland hatte sich zwar vorher mit den Mächten geeinigt, aber es war klar, daß alle, den Orient betreffenden Angelegenheiten in einem inneren Zusammenhang standen und sich nicht isoliert behandeln ließen. Jeder militärische Sieg Rußlands gefährdete die Situation Österreichs auf dem Balkan und England konnte, wie auch seine Bedingungen zeigten, die es Anfang Mai Rußland stellte, bevor dieses losschlug,[108]) auf Vertretung seiner Lebensinteressen im Orient nicht verzichten. Vielleicht würden diese Gegensätze im Anfang zurücktreten, sie mußten aber im Laufe des Krieges an Stärke gewinnen. Schon jetzt gab es z. B. in England wichtige Kreise, die befürchteten, daß England zu spät kommen würde, die glaubten, daß der Augenblick gebiete, ihn zu nutzen. Man wies auf die Schwäche Frankreichs hin, die in einem Jahr vielleicht schon überwunden sei und daß dann ein stärkeres Frankreich Englands Stellung gerade im Orient wieder erheblich erschweren mußte.[109])

7. Frankreichs Haltung während des russisch-türkischen Krieges.

1877 war Frankreich noch gezwungen, sich aus allen kriegerischen Verwicklungen herauszuhalten. Decazes betonte in seinen Erlassen an die französischen Botschafter[110]) und in seiner Rede am 1. 5. vor dem Senat,[111]) daß Frankreich nur ein Ziel habe, sich selbst durch absoluteste Neutralität den Frieden zu bewahren und daß es diese Haltung nur in dem Augenblick ändern werde, in dem wieder ein gemeinsames Handeln Europas

zur Sicherung des Friedens zustande käme. In der am 6.5. von der Regierung erlassenen Neutralitätserklärung[112]) wurde allen Franzosen zur Pflicht gemacht, sich jeder feindlichen Haltung gegenüber einer der beiden kriegführenden Mächte zu enthalten.

Damit deckte sich aber nicht das Verhalten des französischen Außenministers selbst. Seine intrigenreiche Natur sah neue Möglichkeiten für Frankreich. Auch jetzt noch versuchte er, sich Rußland gefällig zu erweisen. Er setzte seinen Einfluß ein, um Rußland eine Anleihe in Paris zu verschaffen, seine Agenten in Ägypten unterstützten die russische Drohung, den Suezkanal zu blockieren, falls Ägypten der Türkei im Kriege beistehe.[113]) Aber damit nicht genug. Er wollte auch die englischen Kräfte aus dem Orient fernhalten, um einmal Rußland seine Pläne zu erleichtern, dann aber auch um zu verhindern, daß England sich im Orient, vor allem in Ägypten, unter Ausnutzung der günstigen Situation, Vorteile zu sichern suchte. Aber bezeichnend für diesen französischen Politiker, der auch als der „Macher" der Kriegsgefahr von 1875 angesehen werden muß, war, daß Deustchland ihm dazu den Grund hergeben mußte. Deutsche Angriffspläne gegen Holland sollten die englischen Kräfte in der Nordsee binden.[114]) Bei diesen Gerüchten mag das Gefühl mitgespielt haben, Deutschland in Europa allein gegenüberzustehen, es war aber mehr vorgetäuschte als wirkliche Angst, denn Bismarck hatte schon zuviel Beweise seiner unbedingten Friedensliebe gegeben, zumal er nach 1875 auch vorsichtiger in seinen Worten und Einschüchterungsmitteln war. Immer wieder versuchte Decazes durch übelste Verhetzung seine Pläne durchzuführen. Diese Intrigen waren aber doch zu durchsichtig, als daß sie nicht durchschaut worden wären. Am 18. 5. schrieb Lyons, der englische Botschafter in Paris an Derby, daß Decazes so tue, als ob England keine Interessen im Orient hätte, daß sein Plan zu sein scheine, England mit Deutschland zu verfeinden, um einen englischen Machtzuwachs im Mittelmeer zu vermeiden und dann vor allem durch Bindung der englischen Streitkräfte die russische Gunst zu gewinnen, denn Frankreich wolle sich zwar auch mit England gut stellen, aber noch besser mit Rußland.[115])

Daneben war das Bestreben der französischen Regierung weiter darauf gerichtet, alles aus dem Wege zu räumen, was England und Rußland verfeinden konnte. Für England war Vorbedingung seiner Neutralität in dem russisch-türkischen Kriege die Nichtbesetzung Konstantinopels durch die Russen. Frankreich sah damit seine Aufgabe darin, von Rußland eine für England beruhigende Antwort nach dieser Richtung zu erhalten.[116]) Als Le Flô am 19. 5. auf eine Anfrage von Gortschakow die Antwort erhielt, daß die russische Regierung eine dauernde Besetzung Konstantinopels für ein Unglück ansehe, daß aber eine

vorübergehende aus militärischen Gründen im Bereich der Möglichkeiten liege,[117]) da ließ Decazes nicht locker. Ihm genügte diese Antwort nicht.[118]) Sie war ihm nach den vielen Diensten, die er und MacMahon Rußland erwiesen hatten, zu platonisch. Decazes wollte greifbare Vorteile, ihm kam es an auf:

1. eine verträgliche Antwort an England in Bezug auf Konstantinopel,
2. Sicherheit gegenüber Deutschland.[119])

Als er diese Zusicherungen nicht erhielt, da war er bemüht, den Krieg so rechtzeitig zu stoppen, daß eine Bedrohung Konstantinopels durch Rußland, die für England das Zeichen zum Eingreifen sein mußte, verhindert würde. Kaum hatten die Russen im Juli den Balkan überschritten, da fragte Decazes schon bei seinem Botschafter in London an, ob das nicht für England der geeignete Augenblick sei, sich mit Österreich zu verbinden und die Vermittlung zwischen den streitenden Parteien anzubieten.[120]) In Frankreich kannte man die englischen Ziele. Vielleicht hatte Decazes auch Kenntnis von den gleichzeitig sich abspielenden englisch-österreichischen Verhandlungen, die, von England ausgehend, die Frage der Kontrolle des russischen Vorgehens während des Krieges erörterten. England hätte gern schon jetzt von Rußland feste Garantien gefordert. Dieser Plan scheiterte an der Haltung Österreichs. Die Donaumonarchie verständigte sich lediglich mit England über die Punkte, die beide als unannehmbar ansehen wollten, falls sie von Rußland der Türkei gestellt wurden. Daraus erklärte es sich, daß die französischen Versuche, schon jetzt die Friedensvermittlung anzubieten, scheiterten.[121])

Der russisch-türkische Krieg ging weiter. Für Frankreich hatte er Anfang Dezember erhöhtes Interesse dadurch erhalten, daß er auch Tunis in seinen Bann zog, auf das Frankreich schon lange sein wachsames Auge geworfen hatte. Der Sultan hatte den Bey zur Waffenhilfe aufgefordert. Trotz der schwierigen finanziellen Lage war dieser bereit, der Türkei 4000 Mann zu stellen. Für Frankreich kam alles darauf an, das zu verhindern. Es war sonst möglich, daß beim Friedensschluß über Tunis in einer Weise entschieden wurde, die Frankreich nicht mitmachen konnte, die es zu verhindern aber nicht in der Lage war. Als es England, das die französische Regierung um Unterstützung anging,[122]) nicht zur selben Haltung bewegen konnte, da versuchte es allein, Tunis aus allen Verwicklungen in diesem Krieg fern zu halten.[123])

Während sich die französische Regierung mit Decazes an der Spitze bemühte, das gute Einvernehmen mit Rußland aufrechtzuerhalten, zeigte die öffentliche Meinung eine deutliche Tendenz gegen das russische isolierte Vorgehen. Vor allem die

Republikaner, deren Abneigung gegen das absolutistische Rußland hier mitspielte, nahmen in ihren Blättern Front gegen das Zarenreich. Sie standen der englischen Auffassung näher und hätten lieber gesehen, wenn der Konflikt friedlich geschlichtet worden wäre. Ihre Blätter brachten das offen zum Ausdruck. In Rußland blieb die Verstimmung darüber nicht aus. Die russische öffentliche Meinung rückte vom klerikalen Frankreich ab. Es sei bedauerlich, so schrieb der französische Geschäftsträger in Petersburg am 22. 9. an Decazes,[124]) daß die Haltung der französischen Presse und zwar gerade der Presse, die im Ausland am meisten gelesen werde, den Erfolg einer Politik gefährde, der Decazes nicht aufgehört habe, alle Sorgen zu widmen und die die beiden Völker genähert habe, anstatt sie zu trennen. Große Anstrengungen würden in der Zukunft notwendig sein, um das verlorene Gebiet wiederzugewinnen. Und dabei hätte allein schon der Ausdruck der Sympathie, der kein Interesse eines anderen Staates verletzt hätte, genügt, um das Wohlwollen des unglücklich operierenden Rußlands zu gewinnen. Gerade jetzt hätte man in Rußland die französische moralische Unterstützung gern gesehen. Eine Abkühlung der französisch-russischen Beziehungen trat ein, Deutschland stieg wieder im Kurse. Dabei hatte wohl auch die Überlegung mitgesprochen, daß angesichts der wachsenden Schwierigkeiten der deutsche Rückhalt für Rußland wichtiger und notwendiger werden konnte als der französische.

8. Der innerpolitische Umschwung in Frankreich und die Orientpolitik Waddingtons.

Diese russischen Überlegungen fanden ihre Bekräftigung durch die innerpolitischen Vorgänge, die sich in diesen Monaten in Frankreich abspielten und die die Orientfrage für Frankreich vorübergehend zurücktreten ließen. Es vollzog sich in Frankreich ein wichtiger Umschwung, der bald auch auf die französische Außenpolitik seine Auswirkungen zeitigte.[125]) Schon im Mai 77 war in Frankreich, veranlaßt durch ein Mißtrauensvotum der Kammer, eine Ministerkrise ausgebrochen. Aber noch einmal hatte sich MacMahon seine „conseillers" aus den Reihen der Rechten geholt. Damit war der Kampf nicht entschieden. Die Republikaner kämpften weiter gegen die persönliche Regierungsweise MacMahons und setzten sich als Ziel „le gouvernement parlamentaire". Mit dieser Parole zogen sie in die Oktoberwahlkämpfe. Bei den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus am 14. 10. 77 verlor zwar die republikanische Partei Anhänger, aber sie verfügte mit 326 von 516 Stimmen trotz stärkster Wahlbeeinflussung durch die konservative Regierung noch über die Mehrheit. MacMahon berief noch einmal am 21. November 1877 ein rechtsstehendes Kabinett mit Banneville

als Außenminister, aber er sah sich noch im Dezember genötigt, vor den Republikanern die Segel zu streichen und das republikanische Ministerium Dufaure zu berufen. Der innerpolitische Umschwung, der damit einsetzte, kennzeichnete sich am besten in dem einen Satz, der in der neuen Regierungserklärung zu finden war: La constitution de 1875 a fondé une république parlementaire.

Die neue Regierungsbildung verfehlte ihre Wirkung in Europa natürlich nicht. In Berlin begrüßte man den Wechsel auf das lebhafteste. Die Republik war Bismarck von jeher als die für Deutschland günstigste Staatsform erschienen, weil sie kaum die Aussicht eines Bündnisses Frankreichs mit den konservativen Ostmächten Rußland und Österreich bot und weil das Verhältnis Bismarcks zu den Vertretern des republikanischen Frankreichs — Gambetta plante 1878 sogar einen Besuch bei dem deutschen Kanzler — ein besseres war als das zu Männern wie Gontaut-Biron und Decazes. In erster Linie beruhte aber die günstige Aufnahme des französischen Regierungswechsels auf ihrer Rückwirkung auf Rußland. Für den Zaren war der Begriff Republik unheimlich und in seinen Augen mit dem Fluch revolutionären Geistes behaftet, dessen Ausbruch in Rußland ihn ängstigte und in Schrecken hielt.

Dazu kam weiter, daß mit den neuen Männern, die die Wahlen an die Regierung brachten, ein neuer Geist auch in die französische Außenpolitik einzog. Die Tiefstimmung französischen Glaubens und französischer Hoffnung wurde allmählich überwunden. Gerade die Republikaner suchten neue Werte und beschritten neue Wege. Eine neue Weltanschauung, die in der Ferry'schen Schulreform ihren deutlichsten Ausdruck fand, sollte die junge Generation erfüllen und zur Aktivität erziehen, Erfolge in der Außenpolitik sollten das französische Selbstgefühl zu neuem Leben anfachen. Der Protestant Waddington erhielt das Amt des Auswärtigen. Er hatte in Cambridge und Rugby studiert und bisher auf dem Gebiet der Erziehung gearbeitet. Diese Vergangenheit wirkte nach, als er nun in das Ministerium des Äußeren einzog. Er war in den Fragen der Außenpolitik nicht so bewandert wie sein Vorgänger. Er war ein Mann von Geist, war arbeitsam, war ein gerader, aufrichtiger Charakter. Gerade das unterscheidet ihn von dem gewiegten „Schleicher" Decazes, aber ihm fehlte die Kenntnis der fein abgewogenen diplomatischen Form und der Vielzahl der Mittel, sein Ziel zu erreichen, er entbehrte des politischen Fingerspitzengefühls und Instinktes, der die Dinge im voraus ahnt und sich auf sie einstellt. Er ließ sich übervorteilen und wenn er dann bestürzt das verlorene Terrain einzuholen suchte, steuerte er allzu direkt sein Ziel an und konnte die ehrliche Entrüstung nicht verbergen, wenn er dann verschlossene Türen fand.

In der Orientfrage folgte Waddington nicht in allem der von seinem Vorgänger eingeschlagenen Richtung. Er hielt zwar auch noch fest an der Behauptung der Neutralität in den Spannungen und Differenzen, die die Orientfrage heraufbeschwor, er war bemüht, nach Möglichkeit den offenen Ausbruch des russisch-englischen Gegensatzes zu verhindern, aber er ließ doch auch schon, anfangs sehr schüchtern, dann aber zunehmend fester, eigene aktive französische Wünsche und Ziele durchfühlen, von deren Behauptung Decazes ganz abgesehen hatte. Und kennzeichnend dabei ist, daß er diese Ziele auch vertrat, obwohl sie ihn zwangen, gegen Rußland Front zu machen, dessen Freundschaft und Stimmung zu erhalten bisher als das wichtigste Ziel der französischen Politik erschienen war. Seine Orientpolitik stand, wie wir noch sehen werden, der Englands näher als der Rußlands. Der Übergang zu dieser aktiveren Orientpolitik war ihm möglich, weil ihm bei seiner Gesamteinstellung nicht die Revanche gegen Deutschland als das Einzige vorschwebte, das es für Frankreich zu verfolgen galt. Als selbstverständlich bestand auch für ihn die Notwendigkeit der Rückgewinnung der Länder Elsaß und Lothringen, aber er vergaß darüber nicht die Ausnutzung der im Augenblick gegebenen Situationen, die wie in der Orientfrage lebenswichtige Interessen der französischen Politik berührten. Diese Auffassungen, die vor allem zu einer Entspannung des deutsch-französischen Verhältnisses beitrugen, gaben seiner Politik größere Handlungsfreiheit, er brauchte nicht mehr die Rücksicht auf Rußland zu nehmen und nur dessen Interessen entgegenzukommen und auch die Festhaltung der englischen Kräfte im Westen erschien nicht mehr notwendig.

9. Frankreich und die diplomatischen Verhandlungen zwischen Rußland, England und Österreich vom Fall von Plewna bis zum Berliner Kongreß.

Drei Tage bevor Waddington sein Amt antrat, am 10. 12. 77, hatten die Russen nach langer Belagerung und heldenhafter Verteidigung durch die Türken Plewna genommen. Damit stand für sie der Weg nach Konstantinopel offen. Die Orientfrage kam auch für Frankreich wieder stärker in Fluß dadurch, daß der Krieg jetzt für England in sein entscheidendes Stadium trat und daß dieses eingreifen mußte. Die Türkei hatte Mitte Dezember die Mächte um Vermittlung gebeten. Frankreich, das durchaus für Wiederherstellung des Friedens war, wollte vor seiner Antwort auf dieses Ersuchen mit den anderen Großmächten Rücksprache nehmen, es wollte auf keinen Fall den ersten Schritt tun.[126]) Es war ihm recht, daß England jetzt die Initiative ergriff. Am 27. 12. wurde der englische Botschafter in Petersburg

von Derby beauftragt, anzufragen, ob das russische Kabinett für den Fall, daß die Türkei zum Friedensschluß bereit sei, geneigt sei, Friedenseröffnungen zu empfangen.[127]) Um seinem Schritt den nötigen Nachdruck zu geben, hatte England gleichzeitig die anderen Mächte um Unterstützung seines Schrittes gebeten. Bei seinen Versuchen, die Türkei vor dem russischen Sieger im eigensten Interesse zu schützen, suchte es vor allem die Hilfe Österreichs und auch Frankreichs. Waddington lehnte einen solchen Schritt ab, er ging über den ganz entschiedenen Willen Frankreichs, neutral zu bleiben und sich aus allen Verwicklungen herauszuhalten, hinaus. „Fidèles à nos sentiments d'amitié pour les deux puissances", schrieb Waddington an Le Flô am 31. 12. 77, „nous tenons au Cabinet de Londres un langage analogue en ce qui concerne la Russie".[128]) Dieselbe Sprache führte Vogue in Wien. Er teilte Andrassy am 1. 1. 78 mit, daß das neue Kabinett nicht die Initiative zur Herbeiführung einer Vermittlung zwischen den beiden Parteien ergreifen werde. Damit gebe Frankreich seine eigenen Interessen nicht auf. Frankreich habe keine ehrgeizigen Pläne. Es mache sich auch darauf gefaßt, daß das siegreiche Rußland Forderungen stelle und daß die drei Ostmächte einen vorwaltenden Einfluß auf den Frieden ausübten. Frankreich werde die ganz Europa interessierenden Fragen überprüfen.[129]) Während man aber ablehnte, offiziell auf Rußland einzuwirken, versuchte man doch, Rußland zur Mäßigung zu raten.[130]) Man sah darin die einzige Möglchkeit, die Interessengegensätze beider Staaten zu überbrücken oder wenigstens zu mildern. Der französische Botschafter hatte in Petersburg die Hoffnung auszusprechen, daß Rußland zur Vermeidung von Blutvergießen und zur Verhinderung von Zusammenstößen, die Verwicklungen mit England zur Folge haben könnten, nichts unternehmen werde, was den englischen Argwohn erregen könnte. Gleichzeitig gab man in London der Erwartung Ausdruck, daß England sich in Sprache und Haltung Mäßigung auferlege, um Rußland den Weg der Verständigung zu erleichtern.[131]) Der englische Vorstoß in Petersburg geschah mit aller Schonung. Von „médiation" war keine Rede. Rußland zeigte größte Bereitwilligkeit zum Frieden, nur sollte der erste Schritt von der Türkei ausgehen.[132])

Mitte Januar rührte sich auch Österreich und meldete seine Vorbehalte an. Bis dahin hatte die Donaumonarchie allen Versuchen Englands, gegen russische Willkür einzuschreiten, im Vertrauen auf ihre mit Rußland geschlossenen Abkommen widerstanden. Jetzt hielt es Andrassy an der Zeit, Rußland eine Warnung zukommen zu lassen. Am 8. 1. hatte der österreichische Kaiser dem Zaren in einem Brief mitgeteilt, daß er sich mit einer Einigung der kriegführenden Parteien unter sich nicht einverstanden erklären könne. Österreich würde für den Fall, daß

eine Änderung des status quo vorgesehen sei, seine eigenen Interessen wahren müssen.[133]) Die Tätigkeit Österreichs und Englands wurde noch verstärkt durch die Nachricht von den Bedingungen, die Rußland der Türkei zu stellen gewillt war. Sie widersprachen in dem was über die Zukunft Bosniens und der Herzegowina und über das neu zu schaffende Bulgarien festgesetzt worden war, der österreichisch-russischen Konvention vom 15. 1. und den englischen Interessen. England trat jetzt fester auf und betonte, daß es nicht dulden könne, vor fertige Tatsachen gestellt zu werden.[134]) Ende Januar gingen englische Schiffe nach Konstantinopel ab,[135]) die englische Regierung nahm einen Kredit von 6 Millionen Pfund auf.[136]) Am 30. 1. übergab Lyons Waddington eine englische, Rußland überreichte Note, in der erklärt wurde, daß England Abmachungen, die die europäischen Verträge und die englischen Interessen berührten, nicht annehmen werde.[137]) Frankreich, das von England schon vergebens um Beteiligung an der Flottendemonstration gebeten worden war,[138]) wurde aufgefordert, sich mit in die englisch-österreichische Front einzureihen.[139]) England hatte diesen Schritt vorbereitet durch Entgegenkommen in Ägypten. Es hatte Frankreich versichert, daß es keine agressiven Absichten auf das Nilland habe.[140]) Dennoch hielt Frankreich sich zurück und blieb auch dabei, als Anfang Februar von österreichischer Seite Vorschläge zur Abhaltung einer Konferenz auftauchten, um die von Rußland geplanten Veränderungen auf dem Balkan vor das Forum Europas zu ziehen.[141]) Waddington wollte abwarten, bis die Vorschläge für einen Kongreß oder eine Konferenz mehr Festigkeit gewonnen hätten und sich noch mehr Mächte dafür erklärten. Dem österreichischen Botschafter von Wimpffen in Paris, der Frankreich zur Teilnahme an einer Konferenz aufforderte, antwortete Waddington, daß Frankreich in Fragen, die es selbst nicht angeregt habe, nicht die Initiative übernehmen werde, daß es aber das größte Interesse an der Wiederherstellung des Friedens und der Einigkeit der Mächte habe und daß es daher im Prinzip bereit sei, an einem Kongreß, der sich diese Ziele setze, teilzunehmen, allerdings nur unter der Bedingung, daß alle Mächte vertreten seien, die den Pariser Vertrag unterzeichnet hätten. Mit Wien als Konferenzort war man in Paris einverstanden, wenn auch Rußland seine Einwilligun dazu abgab.[142])

Gleichzeitig war Frankreich bemüht, auf dem Balkan neue Verwicklungen zu unterbinden. Griechenland hielt den Augenblick für günstig, sich Grenzverbesserungen zu verschaffen und Gebiete mit griechischer Bevölkerung, die bisher unter türkischer Herrschaft standen, an sich zu reißen. Frankreich machte der griechischen Regierung die energischsten Vorstellungen und forderte eine sofortige Rückberufung der Truppen.[143])

Unterdessen war zwischen England und Rußland ein immer gespannteres Verhältnis eingetreten. Rußland, das nach erheblichen Anstrengungen die Türkei niedergeworfen hatte, sah durch England seine Siegesfrüchte gefährdet. Die englische Flotte, die in die Dardanellen eingefahren war, erhöhte noch dieses Gefühl. Frankreich gab sich die redlichste Mühe, die Gegensätze zu überbrücken. Es riet in London und Petersburg zur Mäßigung und suchte den „accord" sicher zu stellen.[144])

In Rußland wurde die Stimmung Frankreich gegenüber, die während des Krieges nicht die beste gewesen war, zunehmend freundlicher. Einmal berührte die französische Zurückhaltung und Wahrung der Neutralität gegenüber dem österreichischen und englischen Vorgehen angenehm und dann hattte Rußland Frankreich umso notwendiger, je mehr die Tatsache an Wahrscheinlichkeit gewann, daß der ganze Fragenkomplex, der sich aus dem russisch-türkischen Krieg ergab, vor einen Kongreß der europäischen Mächte gezogen würde. Gortschakow versicherte Le Flô am 6. 3., daß Rußlands Gefühle der Sympathie für Frankreich nach wie vor die aufrichtigsten seien und daß es in den Beziehungen der drei Nordmächte nichts gäbe, was Frankreich auch nur im geringsten beunruhigen könne.[145])

Inzwischen hatte die Kongreßfrage festere Formen angenommen. Der Kongreß sollte auf russischen Wunsch in Berlin stattfinden. Frankreich war zur Teilnahme bereit, aber nur unter bestimmten Bedingungen.[146]) Auf dem Kongreß sollten nur die Fragen zur Sprache kommen, die sich tatsächlich aus dem letzten Kriege ergaben. Syrien, Palästina, Ägypten, Tunis sollten aus den Verhandlungen ausgeschlossen bleiben. Frankreich tat mit dieser Beschränkung des Konferenzprogramms seit Aufrollung der Orientfrage den ersten Schritt zur Vertretung eigener Interessen im Orient. Rußland war zunächst etwas erstaunt über die französischen Vorbehalte, aber die Bedenken zerstreuten sich sehr bald.[147]) Rußland war bereit, den französischen Wunsch zu unterstützen, schon in der Einladung die Beschränkung der auf dem Kongreß zu behandelnden Fragen zum Ausdruck zu bringen. Le Flô begrüßte das Vorgehen Waddingtons, er sah darin den Beweis dafür, daß Frankreich ernstlich unternehme, im europäischen Konzert wieder den Platz einzunehmen, der ihm gebühre und die Autorität zu wahren, die Frankreich seiner Vergangenheit schuldig sei. Nach seiner Meinung konnte Frankreich durch Teilnahme an der Konferenz nur gewinnen.[148])

Mitte März trat Deutschland mit dem Vorschlag auf den Plan, eine vorbereitende Konferenz einzurichten, auf der die einfachen Fragen und die Formalitäten für die Hauptfragen geklärt werden sollten.[149]) Frankreich, das, nachdem es sich für die Teilnahme am Kongreß entschieden hatte, größte Geschäftig-

keit an den Tag legte, um allen zu zeigen, daß Europa wieder mit Frankreich rechnen müsse, stimmte dem deutschen Vorschlag zu, knüpfte aber an seine Einwilligung die beiden Bedingungen, daß

1. die Arbeiten der Vorkonferenz nur vorbereitenden Charakter haben dürften und daß
2. die französischen Vorbehalte in das Konferenzprogramm aufgenommen wurden.

Als Frankreich von Deutschland der Vorsitz auf dem Kongreß angeboten wurde, da lehnte Waddington das ab. Diese Stellung hätte nicht der Reserve entsprochen, mit der Frankreich stets diese Fragen behandelt hatte. Sie konnte nur neue Verwicklungen bringen und außerdem wollte Frankreich nicht einer Konferenz vorstehen, deren Aufgabe letzten Endes die Abänderung der 1856 in Paris getroffenen Beschlüsse sein mußte.[150])

Am 22. 3. erhielt Waddington von dem russischen Botschafter in Paris die Bestimmungen des am 3. 3. zwischen der Türkei und Rußland geschlossenen Präliminarfriedens überreicht. Serbien und Montenegro, die die Türkei ebenso wie Rumänien als selbständige Staaten anzuerkennen hatte, erhielten Grenzverbesserungen. Weit hinaus über alle Erwartungen ging aber das, was für Bulgarien festgesetzt worden war. Rußland war im Begriff, sich hier einen Vasallenstaat heranzubilden, der vom Schwarzen Meer bis weit in den Westen der Halbinsel und von der Donau bis an das Ägäische Meer reichte. Dazu kamen einige russische Erwerbungen in Zentralasien.[151])

Nie und nimmer konnten diese Bestimmungen auf die Zustimmung Östereichs und Englands rechnen. Vor allem letzteres setzte nun alle Hebel in Bewegung, um diesem russischen Vormarsch Einhalt zu gebieten. Am 1. 4. 78 ließ Salisbury ein ausführliches Zirkular an alle englischen Vertreter hinausgehen und übergab es sofort zur Veröffentlichung der Presse.[152]) Er wandte sich im besonderen gegen die Aufrichtung Bulgariens. Unter Hilfe und Leitung Rußlands entstehe so ein mächtiger slawischer Staat, der bedeutende Häfen am Schwarzen und am Ägäischen Meer besitze, die dem Zarenreich einen vorherrschenden Einfluß auf alle politischen sowie wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Meere gewähre. Die russische Regierung antwortete auf dieses Schreiben am 9. 4. in derselben äußeren Form und wies die englischen Behauptungen als nicht den Tatsachen entsprechend zurück.[153])

In diesem Kampf um den Vorfrieden von San Stefano, in dem Österreich, das sich von Rußland hintergangen sah, dieselbe Haltung einnahm wie England, drohte Frankreich mit hineingezogen zu werden.[154]) Waddington war sehr recht, daß sich

England zur Verteidigung des status quo im Mittelmeer aufschwang. Aber auch jetzt noch blieb er bei seiner Zurückhaltung, obwohl auch seiner Auffassung von der Machtverteilung im Mittelmeer das Vorschieben des russischen Einflusses in Gestalt des Staates Bulgarien sich nicht einordnen ließ. Die Absicht der französischen Regierung sei, so schrieb Waddington an Vogue am 6. 4., sich nicht einzumischen. Aber ihre größte Sorgfalt werde sich auf alle Möglichkeiten richten, die sich den Mächten zur Vermeidung der Gefahren eines sich mehr und mehr zuspitzenden Konfliktes zwischen England und Rußland bieten könnten.[155]) Der englische Botschafter Lyons berichtete nach London, daß von Frankreich keine Hilfe gegen Rußland zu erwarten sei. Die Regierung stehe in der Orientfrage zwar mehr auf der Seite Englands als auf der Rußlands, aber die Sympathie sei nur eine passive und im übrigen abhängig von dem englischen Verhalten in Ägypten.

Mit diesem unbedingten Festhalten an der Neutralität waren aber weder England noch Rußland zufrieden.

Durch das englische Vorgehen geriet Rußland in immer größere Bedrängnis. Es hätte jetzt gern an Frankreich Rückhalt gehabt. Aber die französische Regierung hielt streng fest an dem Wohlwollen, das sie beiden Staaten, Rußland und England, entgegenbrachte. Noch mehr verstimmte aber in Rußland die Haltung der französischen Presse, die für die englische Auffassung eintrat. Die russischen Beschwerden konnte Waddington nur damit beantworten, daß die französische Regierung nach wie vor für den Kongreß eintrete, in dem sie das Mittel sähe, den Frieden wiederherzustellen; Frankreich stehe sowohl Rußland als auch England mit dem aufrichtigen Gefühl der Freundschaft gegenüber.[156]) Und in einer Unterredung, die Le Flô am 25. 4. mit dem Zaren hatte, betonte jener, daß die französische Politik auf den Frieden ausgerichtet sei; wenn dieser nicht erhalten werden könne, werde Frankreich „une neutralité absolue, bienveillante toutefois pour la Russie" bewahren. Er verhehlte allerdings nicht die französischen Bedenken gegen gewisse Punkte des Vertrages von San Stefano, die den französischen Interessen entgegenständen, so vor allem die Ausdehnung Bulgariens bis an die Küste des ägäischen Meeres.[157]) Damit tat Waddington den ersten Schritt zur Betonung eigener französischer Interessen im Orient Rußland gegenüber. Das Zarenreich bekam zu fühlen, daß in Frankreich ein anderer Geist die Außenpolitik beherrschte als unter Decazes. Die französische Regierung war nicht mehr gewillt, ihre Orientinteressen der Gewinnung und Erhaltung der russischen Freundschaft unterzuordnen.

Aber auch mit England blieb Frankreich nicht ohne Reibungen. Einmal hatte sich Frankreich zu wehren gegen den

englischen Versuch, Frankreich hinter sich herzuziehen und sich unter dem Vorwand, den Pariser Vertrag von 1856 verteidigen zu müssen, der französischen Hilfe zu bedienen, als es darum ging, dem Sieger im russisch-türkischen Krieg in den Arm zu fallen,[158]) und dann weiter mit Aufmerksamkeit die Bestrebungen Englands zu beobachten, die darauf hinausliefen, für sich selbst Vorteile herauszuschlagen. England hatte mit der Türkei geheime Verhandlungen angebahnt, die zu dem Ergebnis führten, daß die Türkei in die Besetzung Cyperns durch England einwilligte. Beaconsfield, dem klar war, daß Frankreich dem nicht zustimmen würde, bereitete in einer Unterredung mit dem französischen Botschafter am 5. 4. Frankreich darauf vor, daß England im Orient sich gezwungen sehen könnte, Maßnahmen zur Wahrung seiner Interessen zu ergreifen. Er betonte, daß er den aufrichtigen Wunsch habe, an dem guten Einvernehmen mit Frankreich festzuhalten und sprach die Hoffnung aus, daß sich Frankreich durch die für England notwendigen Schritte nicht beunruhigen und beirren lassen werde.[159]) Obwohl der französische Botschafter seiner Meinung Ausdruck gab, daß der englische Plan, sich eine Position im Mittelmeer zu sichern, an Wahrscheinlichkeit gewinne, glaubte Waddington nicht recht daran. Er, der sich in Frankreich immer davor hüten mußte, nicht als ein Engländer zu gelten, hatte schon zu wiederholten Malen im Gespräch mit englischen Staatsmännern seinen festen Willen zum Ausdruck gebracht, nicht zu dulden, daß England seine Macht im Mittelmeer verstärke.[160]) Mehrfach hatte er von England die Aufrechterhaltung des englisch-französischen Zusammenwirkens in Ägypten gefordert. England kenne, so schrieb er an d'Harcourt, den französischen Standpunkt, der auf eine Aufrechterhaltung des Status quo im Mittelmeer ausgerichtet sei. England würde sich darüber klar sein, daß eine englische Besitzergreifung eine Reihe ähnlicher Maßnahmen der übrigen Staaten im Mittelmeer zur Folge haben würde. England werde daher nicht zu solchen Unternehmungen schreiten. Waddington, und das ist bezeichnend für seine Ahnungslosigkeit England gegenüber, glaubte, daß in England noch die Richtung der Politik herrsche, die zur Aufgabe des Protektorats über die ionischen Inseln geführt hatte.[161]) Auch alle späteren Warnungen seines Botschafters nahm Waddington nicht recht ernst.[162])

Noch nach einer dritten Seite hatte sich Frankreich zu wehren. Die Türkei glaubte, Frankreich vor ihren Wagen spannen zu können. Der türkische Botschafter in Paris hatte über eine Unterredung mit Waddington am 9. 5. nach Hause berichtet und dabei dessen Bedenken gegen einzelne Punkte des Vorfriedens von San Stefano schärfer herausgestellt, als es Waddington lieb war. Die türkische Regierung bedankte sich offiziell für diese Gesinnung bei der französischen Regierung und

baute auf Frankreich große Hoffnungen. Waddington dämpfte sofort. Er wollte nicht auf diese Weise in einen Gegensatz zu Rußland hineingetrieben werden.

In einem Brief vom 11. 5.[163]) an den Botschafter in Konstantinopel erkannte er die russische Forderung nach Genugtuung nach einem siegreichen Krieg als berechtigt an, wenn auch der Frieden von San Stefano mehr zu fordern scheine als Europa als das gerechte Ziel eines glücklichen Krieges betrachten könne. Diese französische Auffassung berechtige aber nicht zu der Annahme eines „accord" zwischen England und Frankreich. Beide Staaten hätten nur gemeinsame Interessen im Mittelmeer. Diese Gedanken, die er, Waddington, auch mit dem türkischen Botschafter durchgesprochen habe, dürften nicht als ein politisches Programm aufgefaßt werden, sondern nur als die Richtung, in die sich die französischen Gedanken auf einem Kongreß einstellen könnten. Der französische Botschafter in Konstantinopel hatte die türkische Regierung über den ernstlichen Wunsch Frankreichs zu belehren, vor allem eine Politik der Neutralität und der unbedingten Zurückhaltung zu üben, und er selbst erhielt von Waddington die Anweisung, jede Unterhaltung über die Stellung, die Frankreich auf dem Kongreß einnehmen könnte, zu vermeiden.

Schließlich ging auch Österreich daran, sich im Falle eines Vorschiebens der russischen Einflußsphäre auf dem Balkan Pfänder zu sichern. Ende April hatte Andrassy dem französischen Botschafter schon ganz offen über die österreichischen Balkanprojekte, die sich auf eine Sicherung Bosniens und der Herzegowina richteten, gesprochen.[164]) Frankreichs Interessen wurden dadurch nicht unmittelbar berührt, aber es hätte gern gesehen, wenn Österreich damit bis zum Kongreß gewartet und dort die Zustimmung der übrigen Mächte eingeholt hätte. Frankreich versuchte auch England in Bewegung zu setzen und für den Gedanken zu gewinnen, daß durch keine neutrale Macht die bestehenden Verträge vor dem Zusammentritt der Konferenz angetastet würden. Damit hatte Frankreich natürlich bei England, das selbst mit der Türkei wegen Cypern in Verhandlung stand, keinen Erfolg. England erklärte sich mit der österreichischen Handlungsweise durchaus einverstanden.[165])

Überall trat Fankreich als der Staat auf, der bremsen, der an dem Status quo festhalten will, weil er selbst seine Interessen nicht so vertreten konnte, wie er es gern mochte. Die größere französische Aktivität unter der Führung der Republikaner darf nicht darüber hinwegtäuschen. Frankreich kann weder Rußland noch England befriedigen. Ja, in den Zumutungen, die der Republik von dem bedrängten Rußland gestellt werden, in den Gebietserweiterungen, die England und Österreich sich trotz den französischen Protesten sichern, kommt am

besten die Einschätzung der französischen Kräfte durch diese Staaten zum Ausdruck. Sie gaben Frankreich freundliche Worte, kehrten sich aber im übrigen nicht an die französischen Einwürfe; die französische Schwäche erleichterte sogar den Ausbau und die Festigung ihrer Stellung im Orient. Das sind für die Republik Tatsachen, die sie ihre Schwäche noch einmal voll fühlen ließen. Frankreich erscheint wie ein Mann, der nach schwerer Krankheit wieder die ersten Schritte tut und doch noch große Pausen einlegen muß, weil die Kräfte noch nicht voll zurückgekehrt sind. Frankreich trug noch immer an der Niederlage von 71, gerade in diesen Monaten kam das den Franzosen deutlich zum Bewußtsein.

Ende Mai wurde in Paris der Wortlaut der Einladung bekannt, die Deutschland an die am Kongreß teilnehmenden Staaten richtete. Für Frankreich war die Zustimmung nicht schwer, da die Einladung alle die Vorbehalte enthielt, die es gefordert hatte. Es sollte nur über die Bestimmungen verhandelt werden, die in dem Vorfrieden von San Stefano zwischen der Türkei und Rußland festgelegt worden waren.[166]) Frankreich betonte in seiner Zustimmung vom 4. 6. auf die offizielle Einladung vom 3. 6. noch einmal seine Bedingung: Ausschluß der Behandlung der Fragen, die Ägypten, Syrien und die Heiligen Stätten betreffen, aus den Kongreßberatungen.[167])

Ehe Waddington nach Berlin ging, stellte er sich am 7. 6. noch einmal der Kammer. In seiner Rede, die eine Antwort auf die vereinbarte Anfrage des Abgeordneten Rénault darstellte, gab er nicht nur das Programm bekannt, das er in Berlin vertreten wollte, sondern legte in einem Rückblick die Haltung dar, die die französische Regierung überhaupt in der Orientfrage eingenommen hatte und gab gleichzeitig auch eine Darstellung der Ursachen und Gründe für diese Politik.[168]) Der Abgeordnete Rénault hatte auf die Tragweite der Fragen, die in Berlin zur Verhandlung standen, hingewiesen, hatte die Notwendigkeit betont, daß ein „esprit humain" die Vertreter aller Staaten beseele und zum Schluß gefragt, in welcher Form die Einladung an Frankreich ergangen sei, unter welchen Bedingungen Frankreich zugestimmt habe und welche Politik Frankreich in Berlin vertreten werde. Waddington wies in seiner Antwort darauf hin, daß Frankreich zur Lösung seiner großen Aufgaben im Innern (Eisenbahnbau, Reorganisation des Schulwesens, Militärreform u. a.) sowie zur erfolgreichen Ausgestaltung seiner für dieses Jahr geplanten Weltausstellung den Frieden als Voraussetzung notwendig gehabt hätte und weiter notwendig habe. Diese innere Notwendigkeit habe die Regierung auch in der Orientfrage geleitet. Die französischen Vertreter hätten niemals aufgehört, dieselbe freundliche, vom Bedürfnis des Friedens getragene Sprache in London und Petersburg zu halten, beiden

Regierungen ratend, alle Verletzungen des nationalen „amour propre" zu vermeiden, alles, was die Situation erschweren und einen Konflikt heraufbeschwören könne, zurückzustellen. Waddington schmeichelte sich und seinen Zuhörern mit der Feststellung, daß Frankreich mit diesen Vorstellungen gehört worden sei.

Im Februar sei von Österreich an Frankreich die Einladung zu einem Kongreß ergangen. Frankreich habe sofort angenommen, weil es in einem Kongreß das beste Mittel zur Wiederherstellung des Friedens erblickt habe. Es habe seine Teilnahme von zwei Bedingungen abhängig gemacht, von der Einladung aller Signatarmächte des Pariser Friedens, von der Ausschließung der Behandlung aller Fragen, die mit dem letzten Krieg nichts zu tun hätten. Die französischen Forderungen seien von allen Staaten verstanden und angenommen worden. Frankreich habe Abstand genommen davon, zu einzelnen Fragen des Vorfriedens von San Stefano Stellung zu nehmen, weil es deren Lösung als Aufgabe des Kongresses ansah. Auch in der französischen Antwort auf die Einladung zum Kongreß sei die Politik der Ehre, Würde und Wahrung der französischen Interessen eingehalten worden. Frankreich gehe zum Kongreß nicht uninteressiert, es gehe hin mit der Autorität, die das Gefühl „de l'absence de toute convoitise" verleihe. Er gehe nach Berlin mit dem einfachen Wunsch, an der Aufrechterhaltung des Friedens zu arbeiten, mit dem festen Willen, die Neutralität zu wahren und mit einem tiefen Gefühl für das „droit public de l'Europe". Darüber hinaus werde Frankreich die Rechte der Christen und der Rassen, die neben den Bulgaren die Aufmerksamkeit Europas verdienten, nicht vergessen.

Diese Rede wurde mit Begeisterung aufgenommen. Die Abgeordneten sahen im Vertrauen auf die wiedergewonnene Kraft des eigenen Volkes die Möglichkeit und die Zeit für gekommen, Frankreich wieder als gleichberechtigtes Glied in die europäische Staatengesellschaft einzuführen und erkannten mit innerer Genugtuung, daß Frankreich bereits zur Vertretung eigener, wenn auch nebensächlicher Interessen überging. Waddington ging, getragen von der Zustimmung der ganzen Kammer, zum Kongreß nach Berlin.

10. Frankreich auf dem Berliner Kongreß.

Die Fragen, die es hier zu klären gab, waren im wesentlichen schon entschieden durch die Vorverhandlungen, die nach dem Vorfrieden von San Stefano zwischen den hauptinteressierten Mächten eingesetzt hatten. Der Umfang, der Bulgarien zugedacht war, stand weit zurück hinter dem, was in San Stefano bestimmt worden war. Vor allem fiel der Ausgang

zum Ägäischen Meer fort. England hatte sich in einem geheimen Vertrag, der am 4. 6. zum Abschluß gekommen war, Cypern gesichert und besaß damit einen neuen Posten, von dem aus ganz Vorderasien überwacht werden konnte. Auch Österreich hatte bereits sein Schäfchen ins Trockene gebracht. Durch Verhandlungen mit der Türkei hatte es sich wesentliche Rechte in Bosnien und der Herzegowina gesichert.

Damit waren die wichtigsten Fragen schon entschieden. Aufgabe des Kongresses blieb es, diese Abmachungen in eine feste Form zu gießen und für sie die Zustimmung aller Mächte einzuholen.

Nachdem sich Frankreich in den ersten Tagen über die Ziele der anderen Staaten Klarheit verschafft hatte,[169]) fiel seinen Vertretern bei dem französischen Friedensbedürfnis und bei seinem Festhalten an der Neutralität mehr und mehr die Aufgabe zu, zwischen den Gegensätzen zu vermitteln, die zwischen einzelnen Staaten bestanden. In einem Brief vom 18. 6. an den Ministerpräsidenten Dufaure schrieb Waddington, daß eben diese Tatasche den französischen Vertretern die Aufgabe erleichtere, Frankreich mit ins europäische Spiel einzuschalten, ihnen einen Freiheit der Handlung gäbe, die aber zugleich übereinstimme mit der „rôle non inactif mais réservé", von der die Vertreter auf keinen Fall abzugehen gewillt seien. Diese Haltung habe mehr als einmal die Gelegenheit geboten, den Interessen des französischen Staates zu dienen, ohne mit der strikten Neutralität brechen zu müssen oder sich dadurch zu binden oder etwa die guten Beziehungen zu einer der Mächte zu gefährden. Mit Genugtuung berichtete er nach Hause, daß Frankreich von allen Seiten Beweise der Achtung und des Vertrauens entgegengebracht worden seien.[170])

Waddington konnte am 19. 6. sogar einen kleinen Erfolg verzeichnen. Der Kongreß stimmte dem französischen Vorschlag zu, Griechenland, dessen Einbeziehung in die zu behandelnden Kongreßfragen England gegen den russischen Willen durchgesetzt hatte,[171]) das Recht zuzugestehen, sich in den es betreffenden Fragen durch einen Abgeordneten auf dem Kongreß vertreten zu lassen.[172]) Das französische Interesse lief hier einmal mehr mit dem englischen zusammen. Beide Staaten sahen in einem starken Griechenland einen Prellbock gegen den Vorstoß der slawischen Völker. In den nächsten Tagen harrte der französischen Vertreter eine besonders schwierige Aufgabe. Die bulgarische Frage, die Kernfrage der ganzen Kongreßverhandlungen, wuchs sich mehr und mehr zu einer schweren Gefahr für ein gedeihliches Zusammenarbeiten und für den Frieden aus. Frankreich wurde nun vom Kongreß der Auftrag zu teil, zwischen Rußland und England zu vermitteln.[173]) Die Lage, die Frankreich vorfand, war folgende: Beide Länder waren sich

über die Aufrichtung von Bulgarien und Rumelien einig. Streit herrschte nur noch über die dem Sultan in Rumelien zu lassende Militärhoheit. England stimmte dafür, Rußland war für eine Eingeborenenmiliz, nur in ganz bestimmten Fällen sollten türkische Truppen herangezogen werden. Frankreich sah seine Aufgabe in der Annäherung beider Standpunkte. Nach vielen Verhandlungen kam schließlich die Einigung zustande. Danach sollte die innere Ordnung durch eine Miliz aufrechterhalten werden, die durch eine Eingeborenengendarmerie zu verstärken war. Bei der Zusammensetzung sollte die Religionsfrage Berücksichtigung finden, eine Einquartierung bei der Bevölkerung sollte vermieden, die freie Ausübung des Religionsbekenntnisses gesichert werden und eine Entsendung türkischer Truppen nach Rumelien sollte erst nach Mitteilung und Überprüfung der Notwendigkeit durch die Vertreter der Mächte in Konstantinopel erfolgen. Frankreich konnte also auch seine eigenen Wünsche verfolgen: Schonung der Türkei und Wohlwollen für die Christen im türkischen Reich. Und nicht zuletzt nahm Frankreich damit auch tätigen Anteil an der Entscheidung der schwebenden europäischen Fragen. In diesem Sinne wurde auch von den französischen Staatsmännern der Dank ausgelegt, den Beaconsfield und Bismarck vor dem versammelten Kongreß Frankreich aussprachen. Waddington selbst glaubte, den allgemeinen Interessen der französischen Politik gedient zu haben. Frankreich, das 1856 die Orientfrage entscheidend beeinflußt hatte, mußte sich jetzt mit diesen kleinen, fast erschlichenen Gewinnen zufrieden geben.

Weiter trat Frankreich für die Aufrechterhaltung der mit der Türkei geschlossenen Handelsverträge sowie anderer internationaler Abmachungen ein, um zu verhindern, daß Rußland sich in Bulgarien besondere Rechte herausnehme.[174]).

Die nächste Frage, die unter französischer Hilfe bereinigt wurde, war die, ob Rußland Bessarabien erhalten sollte oder nicht. Auch hier erhielt Frankreich die Vermittlerrolle zugeschoben. Waddington löste seine Aufgabe, indem er dafür eintrat, daß Rußland Bessarabien erhielt und Rumänien dafür durch Grenzverbesserungen an der Donau und am Schwarzen Meer entschädigt wurde. Ein starkes Rumänien konnte zugleich dazu dienen, einen zu engen „contact" zwischen Rußland und Bulgarien zu vermeiden. Immer wieder suchte Frankreich die kleinen Balkanvölker zu stützen und in ihnen einen Schutzwall gegen das russische Vordringen zum Mittelmeer zu errichten.[175])

Aus dem gleichen Grunde geschah das Eintreten Frankreichs für Griechenland. Nach Waddingtons Meinung hatten die Slawen durch den letzten Krieg eine so starke und eine so drohende Stellung für alle anderen Völker gewonnen, daß alle

Mächte, mit Ausnahme Rußlands, die Notwenidgkeit zu erkennen schienen, das griechische Königreich so stark wie möglich zu machen. Griechenland müsse das Gegengewicht gegen das slawische Element auf der Halbinsel werden, die Barriere gegen das Vordringen der Slawen zum Mittelländischen und Adriatischen Meer.[176]) Mit englischer und österreichischer Hilfe suchte Waddington seine griechischen Pläne zu verwirklichen.[177]) Am 6. 7. hielt er im Kongreß eine Rede zu Gunsten der Griechen. Er beantragte, daß der Kongreß die Pforte und Griechenland einlade, sich über Grenzberichtigungen zu verständigen und dazu die Dienste der Mächte anbiete. Der französische Antrag erhielt durch den Kongreß die Form eines Rates an die Türkei, sich mit Griechenland über die Grenzfrage zu besprechen. Die Mächte wollten vermitteln, falls keine Einigung zwischen beiden Staaten zustande kommen würde. Dieser Fall trat bald ein. Die türkischen Bevollmächtigten erklärten sich ohne Anweisungen. Der Kongreß regelte darauf die Frage so, daß eine Grenzberichtigung, deren ungefährer Umfang angegeben war, Griechenland zugesprochen wurde, die endgültige Festlegung der Grenze sollte einer gemischten Kommission vorbehalten bleiben.

Eine weitere Frage, für die einzutreten Frankreich seiner Tradition schuldig war, stellte die Sorge für die Christen in der Türkei dar.[178]) In der Sitzung vom 4. 7. schlug England vor, daß die Einwohner der europäischen Türkei in allen Dingen vollkommene Religionsfreiheit, Freiheit in der Ausübung ihres Glaubens, Freiheit in der Ausgestaltung ihrer Organisation, in der Verbindung mit ihren geistigen Führern zustände, daß die Geistlichen aller Nationalitäten während ihrer Reise durch die europäische und asiatische Türkei gleiches Recht, gleiche Vorteile und Privilegien genössen. Das Recht offiziellen Schutzes wurde den diplomatischen Vertretern und den Konsuln der Mächte in der Türkei übergeben.[179]) Die letztere Bestimmung griff in die Stellung ein, die Frankreich bisher besessen hatte, sie nahm ihm das Privileg, allein über das Wohl der lateinischen Christen im Orient zu wachen. Da aber Frankreich die Bestimmung nicht ganz unterdrücken konnte, setzte es wenigstens, indem es sich auf seine Vorbehalte stützte, durch, daß das Heilige Land aus dieser Regelung ausgeschlossen blieb, und daß nach wie vor Rußland und Frankreich, deren Privilegien jetzt vertraglich festgelegt wurden, das Recht des Christenschutzes übernahmen.

So weit hatte sich Frankreich auf dem Kongreß ganz gut aus der Affaire gezogen. Ein peinlicher Augenblick trat ein, als England den französischen Vertretern am 6. 7. den Inhalt der geheimen Verhandlungen zwischen England und der Türkei mitteilte[180]). Die Besetzung Cyperns widersprach den Bedingungen,

unter denen Frankreich zum Kongreß gekommen war und gab der englischen Stellung im Mittelmeer eine Frankreich nicht erwünschte Stärkung. Die englischen Abschwächungs- und Beschwichtigungsversuche, daß die Maßnahme nicht gegen Frankreich gerichtet, sondern Cypern als Vorposten gegen Rußlands Vordringen in Zentralasien aufzufassen und daß England nicht den Frankreich noch viel weniger genehmen Ratschlägen, Ägypten zu nehmen, gefolgt sei, tröstete wenig.[181]) Waddington, dem von seinen innerpolitischen Gegnern, den Konservativen, der Vorwurf gemacht wurde, im Schlepptau Englands zu segeln und von dem „former ally" hinter das Licht geführt worden zu sein, befand sich in peinlicher Situation. Das französische Volk brauste auf, die Presse forderte Abberufung der französischen Vertreter oder Kompensationen. Chios, Rhodos und Kreta wurden genannt. Die Stimmung in Paris war so englandfeindlich, daß der englische Botschafter in Paris dem Prinzen von Wales, der Anfang Juli der französischen Weltausstellung einen Besuch abstatten wollte, abriet, weil er feindliche Kundgebungen befürchtete. An Salisbury telegraphierte er am 10. 7., die Unterzeichnung der Kongreßakte möglichst bald abzuschließen, da sonst noch der Fall eintreten könnte, daß Waddington durch die öffentliche Meinung gezwungen würde, nichts zu unterschreiben.[182]) Aber der Wutschrei, der in diesen Tagen durch Frankreich und vor allem durch Paris' Straßen gellte, war zum guten Teil geboren aus der Erkenntnis der eigenen Schwäche, die Frankreich keine Möglichkeit ließ, den englischen Schritt zu verhindern. Frankreich blieb nichts übrig, als Ja und Amen zu sagen und auf dem Kongreß zu bleiben. Verfeindete man sich mit England, so zog den Vorteil daraus nur Deutschland. Es galt eben in Zukunft, England besser auf die Finger zu sehen und vielleicht sich durch andere Gebiete entschädigen zu lassen. England selbst wies Frankreich auf diesen Weg, indem es Tunis als geeignete Beute hinstellte.

So nahm der Kongreß in den letzten Tagen ein für Frankreich wenig erfreuliches Ende. Die Briefe, die nach dem 13. 7. zwischen dem Ministerpräsidenten Dufaure und Waddington gewechselt wurden, beschönigten das Ergebnis, das Frankreich auf dem Kongreß erzielte.[183]) Dufaure sprach Waddington seinen Dank für die in Berlin geleistete Arbeit aus, vor allem dafür, daß er die französischen Interessen vertreten habe, ohne Versprechen und Verpflichtungen einzugehen, die in der Zukunft die Freiheit Frankreichs in seinen Handlungen beschränken könnten. Er hob hervor, daß er sich in Berlin die Achtung seiner Kollegen erworben und mit Erfolg zwischen entgegenstehenden Meinungen vermittelt habe. Waddington faßte in seinem Briefe an Dufaure vom 14. 7. noch einmal die in Berlin geleistete Arbeit zusammen. Frankreich sei nach Berlin ge-

gangen, weil der durch den Vorfrieden von San Stefano geschaffene Zustand Frankreich nicht gleichgültig bleiben konnte. Frankreich sei die Ausdehnung des russischen Einflusses in Anatolien gleichgülitg gewesen, es habe aber nicht die Augen vor den Auswirkungen verschließen können, die die Schaffung eines großen, Rußland unterworfenen Staates am Ägäischen Meere haben konnte. Dieser Fall erschien den französischen Staatsmännern sogar so schwerwiegend, daß Waddington nicht die Eröffnung des Kongresses abwarten zu sollen glaubte, um dem russischen Kabinett die französische Ansicht mitzuteilen.

Frankreich habe seine Aufgabe auf dem Kongreß in zwei Zielen gesehen:

1. Einigung Rußlands und Englands in der bulgarischen Frage. Frankreich konnte dabei zugleich seine eigenen Pläne, eine starke Türkei auf europäischem Boden, verwirklichen.
2. Aufrichtung einer Barriere gegen das Vordringen der Slawen am mittelländischen und adriatischen Meer. Diese Barriere habe Frankreich immer in den Völkern selbst gesehen, die sich mit ihnen von Natur aus im Kampfe, in der Rassenrivalität befanden. Aus diesem Grunde sei Frankreich für eine Verbesserung der griechischen Grenze gewesen, um diesem Staat einen Schutz gegen seine Rivalen zu geben.

Waddington kam zu dem Schluß, daß Frankreich, wenn man von Cypern absehe, das erreicht habe, was man erwartet hätte. Trotz französischen Interessen habe er sich nicht aus seiner Neutralität herauslocken lassen. Er sei nicht in die Streitigkeiten Rußlands, Englands und Österreichs hineingezogen worden, er habe entschlossen gehandelt da, wo sich die französischen mit den europäischen Interessen verbanden; er habe, so weit es ging, am Vertrag von 1856 festgehalten, die französische Protektorstellung über die Christen habe er erfolgreich gehütet, für Rumänien und Griechenland habe er Vorteile herausschlagen können. Schließlich habe er, und darin sah er wohl das wichtigste Ergebnis des Kongresses, ohne falsche Bescheidenheit im Namen Frankreichs im Rate Europas den Platz eingenommen, den es verdiene. Frankreich sei würdig aufgetreten und habe bei der Mehrzahl der Staaten und ihrer Vertreter Sympathien und Achtung erworben.

Gerade dieser Brief Waddingtons läßt den neuen Geist der französischen Außenpolitik unter seiner Leitung deutlich werden. Als Grund der französischen Teilnahme am Kongreß wird in erster Linie der Wunsch betont, den russischen Balkanprojekten entgegenzutreten. Es wird geschildert, wie Frankreich seine Interessen entschlossen vertreten und eine neue

Ära seine Außenpolitik begonnen habe. Frankreich geht eigene Wege, hängt nicht mehr an den Rockschößen Rußlands. Hier zeichnet sich in ihren Anfängen schon eine Politik ab, die voll neuen Mutes Betätigungsfeld für Frankreichs zurückgewonnene Kraft sucht und sie nicht mehr allein an der Ostgrenze sieht. Waddington lenkte über in die Bahnen, die dann zu betreten Ferry vorbehalten blieb.

11. Die für Frankreich aus dem Berliner Kongreß erwachsenden Fragen:

a) Tunis.

Mit dem Berliner Kongreß war aber die Orientfrage für Frankreich noch nicht erledigt. Der Kongreß hatte eine ganze Reihe von Bestimmungen getroffen, deren Ausführung erst erfolgen mußte. Und für Frankreich war eine weitere Frage offen geblieben, die Waddington sehr am Herzen lag. Durch die Erwerbung von Cypern hatte England seine Stellung im östlichen Mittelmeerbecken, in dem gerade wichtige Interessengebiete Frankreichs, Syrien, das Heilige Land, Ägypten, lagen, stark ausgebaut. Frankreich suchte nach einem Ausgleich. England hatte während des Kongresses, gerade in den Tagen, an denen die Geheimverhandlungen über Cypern vor das Licht der Öffentlichkeit gebracht wurden, Frankreich auf Tunis hingewiesen. „Do what you like there, you will obliged to take it, you can not leave Carthago in the hands of the Barbarians", hatte Salisbury zu Waddington gesagt.[184]) Dieser wollte hier zugreifen. Er wollte einen greifbaren Erfolg vom Kongreß mit nach Hause bringen, schon um seine Stellung zu festigen und die Angriffe seiner innerpolitischen Gegner, die ihm die Cypernfrage als politische Niederlage anrechneten, zum Schweigen zu bringen. Der französische Vertreter Roustan wurde am 19. 7. beauftragt, sich über die Möglichkeit der Verwirklichung eines engen Bündnisses zwischen dem Bey von Tunis und Frankreich zu äußern.[185]) Und als Roustan das verneinte,[186]) war Waddington bereit, die Sache zu erzwingen. Zu diesem Zwecke verlangte Waddington am 21. 7. von England „une réponse catégorique, une carte blanche à Tunis". Seine geheimen Pläne in Bezug auf Tunis waren:

1. von Seiten des Beys Anerkennung des französischen Protektorats sowie des Rechtes, die strategisch wichtigsten Punkte zu besetzen,
2. Anerkennung des französischen Protektorats durch die Mächte.[187])

Der französische Botschafter in London erhielt den Auftrag, mit aller Deutlichkeit England hinzuweisen auf die großen Inter-

essen, die Frankreich im Mittelmeer als Hauptanlieger zu verteidigen habe. Er forderte in Ägypten die aufrichtige und loyale Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England in allem, was die politischen und wirtschaftlichen Interessen betraf. Geschähe das nicht, so sei die Aufrechterhaltung des herzlichen Einvernehmens zwischen beiden Staaten nicht möglich.[188])

So fest Waddington auch auftrat, sein Ziel erreichte er nicht. Den günstigsten Augenblick hatte er in Berlin verpaßt. Er hätte nur etwas durchsetzen können, bevor die Kongreßakte unterzeichnet war, bevor England die Anerkennung seines Protektorats über Cypern durch die übrigen Mächte schriftlich in den Händen hatte. England hätte wohl kaum auf Cypern verzichtet, wenn Frankreich seine Einwilligung nicht gegeben hätte, aber es hätte sich sicherlich geneigter gezeigt, Frankreich Kompensationen zu gewähren als jetzt, da es sich seine Beute gesichert hatte. England lehnte eine Antwort in der von Frankreich geforderten Form ab.[189]) Um Frankreich nicht zu verletzen, verzichtete Salisbury auf jede schriftliche Antwort. Der Konflikt wurde in den nächsten Tagen etwas beigelegt durch die Anwesenheit des englischen Thronfolgers, der die Pariser Weltausstellung besichtigte. Man einigte sich auf eine diplomatischere Abfassung der Anfrage. Gleichzeitig kam Disraeli Frankreich einen Schritt entgegen. Dennoch blieb das Ergebnis für Frankreich sehr dünn. Was nützte es Frankreich, daß Disraeli, als er im Parlament das Protokoll von Berlin vorlegte, den Wert betonte, den er auf die französische Freundschaft lege, daß er Frankreich als die Nation bezeichnete, der England verbunden sei „by almost every tie that can unite a people and with whom our intimacy is daily in creasing". Sprach er doch in derselben Rede rückhaltlos aus, daß Englands Lebensinteressen in Ägypten, Syrien und dem ganzen Orient auf dem Spiele ständen, während Frankreich mehr traditionelle und gefühlsmäßige Interessen vertrete.[190]) Und als d'Harcourt am 24. 7. in London Waddingtons neue Depeschen überreichte, da bremste Salisbury immer noch.[191]) Er wollte Frankreich keinen Freibrief für Tunis ausstellen, er monierte die wenig diplomatische Form Waddingtons. Immer noch, so schrieb Salisbury an Lyons, führe die französische Lebhaftigkeit dazu, daß der Ton seiner Mitteilung in Berlin nicht richtig getroffen und vor allem den Rechten und Ansprüchen anderer Mächte, der Türkei und vor allem Italiens, nicht gerecht werde. Frankreich tue so, als ob England über Tunis und Carthago zu verfügen habe. England hatte auf Italien Rücksicht zu nehmen, das schon verschnupft war über das Ausgreifen Österreichs auf dem westlichen Balkan. Salisbury kleidete seine Antwort in eine sehr vorsichtige Form. Wenn ein Zustand eingetreten sei, in dem

der Besetzung von Tunis nur der englische Standpunkt gegenüberstehe, so werde dieser nicht behauptet werden. Waddington ließ nicht locker. Er erklärte sich in einem Schreiben vom 25. 7. einverstanden damit, daß die offizielle Mitteilung der englischen Regierung nicht so familiär gehalten sein könne wie die der Unterhaltung. Er bestand aber auf der Forderung, daß England Frankreich eine Zusicherung betreffs Tunis gebe in dem Rahmen der in Berlin getanen Äußerungen.[192]) Er formulierte dies noch einmal klar und deutlich im Schreiben vom 26. 7.[193]) Das französische Protektorat in Tunis wird in formeller Art anerkannt. Frankreich hat vollkommene Freiheit, dort seinen Einfluß auszudehnen und seine Interessen so zu vertreten, wie es am besten ist, ohne dabei bei rivalisierenden Auffassungen Anstoß zu erregen. Frankreich erwartete darauf eine klare Antwort. Gleichzeitig wurde der französische Vertreter in Tunis in einer streng vertraulichen und persönlichen Depesche aufgefordert, den Entwurf eines Protektoratsvertrages mit dem Bey einzureichen, dessen Hauptpunkte angegeben waren.[194]) Waddington wollte handeln, er wollte zugreifen, solange die englischen Äußerungen noch in frischer Erinnerung waren. Der französische Vertreter in Tunis, Roustan, wurde sogar nach Paris beordert. Während seines Aufenthaltes vom 11. 8.—25. 8. wurde der Plan in seinen Einzelheiten festgelegt. Aber alle Betriebsamkeit nutzte nichts. Die Gelegenheit war verpaßt. England gab Frankreich in Tunis nicht die Hand so frei, wie es von diesem gewünscht wurde. Anfang September war es Waddington klar, daß die Verwirklichung der Protektoratspläne der Zukunft überlassen bleiben mußte.[195]) Die zu überwindenden Widerstände seien zu groß, hieß es in einem Schreiben Waddingtons an Roustan, Frankreich müsse nun die Zeit nützen, um das Feld zu bereinigen und die der französischen Besetzung entgegenstehenden Widerstände beseitigen.[196]) Waddington trat mit Salisbury in Besprechungen ein über die Italien zu bietenden Kompensationen (Barka, Albanien) und über Einschränkung der vielfach franzosenfeindlichen Haltung des englischen Vertreters in Tunis, Wood.[197]) Der französische Botschafter in Rom erhielt klare Richtlinien über die Behandlung der tunesischen Frage.[198]) Frankreich habe nicht die Absicht, Tunis zu annektieren, es werde aber bei dem Lebensinteresse dieses Landes für Frankreich nicht gestatten, daß eine andere Macht sich dort niederlasse. Frankreich sei gewillt, das mit Waffengewalt zu verhüten. Auch hier wurde Italien auf Entschädigungen (Barka, Albanien) hingewiesen. Der Botschafter in Berlin, Vallier, hatte die Aufgabe, die Versprechungen, die Bismarck betreffs Tunis auf dem Kongreß Frankreich gegeben hatte, bei seinem Besuch in Friedrichsruh aufzufrischen.[199])

6) Griechische Grenzfrage.

Aus den Berliner Kongreßverhandlungen ergaben sich für Griechenland noch einige weitere Fragen, mit denen es sich in den folgenden Monaten zu beschäftigen hatte. Die Türkei weigerte sich, die in Berlin getroffenen Bestimmungen durchzuführen.[1] Frankreich übernommen dabei vor allem die Gebietsabtretungen, die Griechenland zugesprochen worden waren. Aber erst nach langen Verhandlungen und vielen Konferenzen, die dadurch verursacht wurden, daß England durch seine Sonderwünsche die Einheitlichkeit der Großmächte störte und damit der Pforte Hoffnung auf erfolgreichen Widerstand machte, wurde diese Grenzfrage am 24. 5. 81 geregelt. Mit der Lösung waren aber weder Griechenland noch Griechenland recht zufrieden.

IV. Rückblick und Ausblick.

In der Einleitung habe ich hingewiesen auf den inneren Zusammenhang zwischen der französischen Gesamtpolitik und der Orientpolitik. Werfen wir noch einmal einen Blick zurück auf die von Frankreich in den Orientfragen in den Jahren 75—78 eingehaltene Linie, so erscheint diese wie ein Barometer, das die Schwäche und Ohnmacht Frankreichs nach dem verlorenen Kriege, die daraus sich ergebenden politischen Notwendigkeiten, das langsam wieder steigende Kraftgefühl auf das genaueste wiederspiegelt. Vor dem Ausbruch der Unruhen in der Herzegowina beobachteten wir das Bemühen der französischen Staatsmänner, alles zu vermeiden, was die für Frankreichs Wiedererstarkung notwendige Ruhe stören konnte. Auch noch während der Unruhen, vor allem seit sich die Gegensätze zwischen Rußland und England und Rußland und Österreich stärker offenbarten, war Frankreich der Staat, der immer wieder auf den Ausgleich abzielte, der den Zusammenstoß zwischen der Türkei und Rußland zu verhindern suchte. Diese französische Haltung berührte sich, wie ich schon in der Einleitung zeigte, am stärksten mit der des Staates, mit dem Frankreich in den letzten Jahren im größten Gegensatz gestanden hatte, mit der Deutschlands. Auch Deutschland wünschte aus außen- und innenpolitischen Gründen eine Vermeidung des offenen Ausbruchs der Balkanwirren, und als es doch zum Konflikt kam, da war es wie Frankreich bemüht, die Differenzen zwischen den drei Hauptbeteiligten, Rußland, Österreich und England, zu überbrücken. Und doch bestehen bei aller Parallelität des Vorgehens auch wieder deutliche Unterschiede im einzelnen, in der Stellung zu den verschiedenen im Orient interessierten Mächten, in der Art der Mittel, deren man sich bediente, in der weniger großen Stabilität der französischen Politik infolge der innerpolitischen Struktur, Unterschiede, die bedingt sind einmal durch die Verschiedenheit der politischen Lage und der politischen Interessen, und dann aber auch durch die Persönlichkeit der Staatsmänner, die hüben und drüben die Führung inne hatten. Gerade wenn wir diese Unterschiede herausheben, wird die französische Haltung noch schärfer beleuchtet und gekennzeichnet.

Obwohl für beide Staaten das Aufrollen des Orientfragenkomplexes ein Zurücktreten der elsaß-lothringischen Frage und damit nicht nur eine Erleichterung ihres gegenseitigen Verhältnisses, sondern ihrer gesamtpolitischen Lage in sich schloß,

waren Deutschland und Frankreich bemüht, im Orient den Ausbruch der Verwicklungen zu vermeiden. Deutschland wünschte die Erhaltung des Friedens, um in Ruhe seine eben gewonnene Machtposition auszubauen, weil nur eine Zeit europäischen Friedens die Großmächte davon überzeugen konnte, daß ein starkes Deutschland nicht das große Gefahrenmoment für ihren Staat darstellte, und weil der Orientkonflikt die Gefahr des Wiederaufreißens der kaum überbrückten Gegensätze zwischen Österreich und Rußland in sich barg, d. h. die Gefahr des Zusammenbrechens der Bismarck'schen Bündnispolitik. Bei Frankreich war das Ruhebedürfnis noch ein Ausdruck der Schwäche; es erfolgte aus der schmerzlichen Erkenntnis eigener Ohnmacht, in einem ausbrechenden Kriege die französischen Interessen nicht in der notwendigen Weise vertreten zu können. Denn eins war den Staatsmännern der Republik klar: eine militärische Auseinandersetzung auf dem Balkan blieb nicht auf diesen beschränkt; bei der Schwäche der Türkei mußte der ganze Fragenkomplex des Orients aufgerollt werden, der mehr als eine Frage in sich schloß, die Frankreich auf das stärkste anging. Frankreich hätte zusehen müssen, wie diese wichtigen Entscheidungen ohne seine Mitwirkung getroffen wurden.

Als dann der Konflikt doch zum Ausbruch kam, da war für beide Staaten im ersten Abschnitt für ihre Stellungnahme entscheidend das Verhältnis zu den drei am Balkan besonders interessierten Mächten Rußland, Österreich und England und dieser untereinander. Während aber Deutschlands Hauptziel die Aufrechterhaltung des gütlichen Einvernehmens zwischen Österreich und Rußland, seiner beiden Verbündeten, war, sah Frankreich seine Hauptaufgabe in der Suche nach Bundesgenossen, um aus der Isolierung herauszukommen. Als mögliche Bundesgenossen kamen nach 1871 für Frankreich Rußland, Österreich und England in Frage. Österreich schied, seit Andrassy die Außenpolitik der Donaumonarchie leitete, aus. Es blieben Rußland und England. Der Mai 1875 hatte Frankreich den ersten Erfolg in diesem angestrebten Ziele gebracht. Diesen ersten Schritt vorwärts galt es in dem nun ausbrechenden Orientkonflikt zu verteidigen. In immer erneuten Versuchen, unter Begleitumständen, die Frankreich in vollstem Maße seine Schwäche fühlen ließen, bemühte sich Frankreich, durch Teilnahme an den Verhandlungen der Ostmächte die Verbindung zwischen Rußland und England herzustellen und die Möglichkeit eines Zusammengehens Frankreichs mit diesen beiden Mächten, vor allem mit Rußland, zu gewährleisten. In der Form, in den Verdächtigungen und Intrigen, mit denen hierbei zu Werke gegangen wurde, spiegelt sich der politische Geist eines Decazes, der alle Mittel in Bewegung setzte, um Frankreich die Gunst russischer Freundschaft zu erhalten. Dieses Ränkespiel unter-

scheidet sich stark von dem seit 1875 betätigten aufrichtigen Willen Bismarcks, im Streit zwischen Rußland, England und Österreich den ehrlichen Makler zu spielen.

Während sich an der deutschen Einstellung und Zurückhaltung zu den Orientfragen durch die Beständigkeit der Staatsführung durch Bismarck nichts änderte, trat in dem Maße, wie mit dem Regierungswechsel 1877, mit dem innerpolitischen Siege der Republikaner neue Männer mit neuer politischer Einstellung ans Ruder kamen, eine Änderung der französischen Orientpolitik ein. Die Belastung durch das gespannte Verhältnis zu Deutschland fiel, Frankreich wurde in seinen Operationen freier. Rußland stand den Staatsmännern der Republik, die in vielem mit ihrer politischen Auffassung der der englischen Regierung näher kamen, nicht mehr so hoch im Kurse. Diese größere Ellbogenfreiheit im Zusammenhang mit der Erstarkung aller Seiten politischen Lebens in Frankreich hatte zur Folge, daß Frankreich wieder zu einer aktiveren Orientpolitik überging, wenn auch noch vorläufig tastend und immer behutsam vorfühlend. Frankreich beschränkte sich im Anfang nur auf Erfolge zweiten Ranges, vermied ein Hervortreten in allen Hauptfragen und überließ England und Österreich die Rolle, dem russischen Siegesrausch Schranken zu setzen. Auf dem Berliner Kongreß erntete diese Politik die ersten Früchte. Während Deutschland von diesem Kongreß schied mit der Belastung durch die russische Verstimmung, konnte Frankreich, wenn auch Rückschläge (Cypern — Tunis) nicht ausblieben, den Berliner Kongreß verlassen mit dem Gefühl, den Anschluß an die europäischen Mächte gefunden, sich wieder eingeschaltet zu haben in das Spiel der europäischen Diplomatie. Das gute Verhältnis zu allen Staaten — ein russisches mehr oder weniger offizielles Bündnisangebot im Jahre 1879 wurde sogar abgewiesen — sicherte Frankreich den Frieden in Europa und ermöglichte ihm ein kräftigeres Ausschreiten auf außereuropäischem Boden.

Der Berliner Kongreß steht am Ende des Abschnittes französischer Geschichte, der unter der Gewalt der Schicksalsschläge von 70/71 zu größter Passivität verurteilt war und leitet zugleich die Zeit ein, die Frankreich wieder als Großmacht in Europa seinen Platz einnehmen sieht. Der Orientkonflikt zeigt die volle Schwäche französischer Politik, aber auch die Überleitung zu einer neuen Zeit, der Orientkonflikt ist der Gradmesser der zurückkehrenden politischen Energie der französischen Republik.

Anmerkungen.

1) D.D. Bd. I 38 ff. Favre-Le Flô 7. 7. 71;
I 73 Thiers-Le Flô 4. 9. 71;
I 177 Thiers-Le Flô 22. 8. 72;
I 188 Thiers-Le Flô 26. 9. 72;
I 256 Chaudordy-Gortschakow 21. 8. 73;
I 275 Le Flô-Broglie 24. 10. 73;
I 268 Broglie-d'Harcourt 22. 10. 73;
I 313 Le Flô-Decazes 17. II. 74.
2) W. Frank: S. 50.
3) W. Frank: S. 52.
4) D.D. I 17 Favre-Vogue 12. 6. 71.
5) D.D. I 253 Broglie-frz. Generalkonsul in Belgrad 21. 7. 73.
6) D.D. I 254 Broglie-Ges. in Berlin, Petersburg, London 20. 8. 73.
7) D.D. II 2 Le Flô-Decazes 5. 8. 75.
8) D.D. II 2 Anm.
9) Choublier: La question d'Orient, S. 161.
10) Aktenstücke des K. u. K. Min. d. Äußeren, S. 162 ff.
11) D.D. II 3 Anm.
D.D. II 3 Le Flô-Decazes 14. 8. 75 auch Staatsarchiv 32 43 ff.
D.D. II 3 Le Flô-Decazes 14. 8. 75.
12) D.D. II 4 Le Flô-Decazes 14. 8. 75.
13) D.D. II 6 Decazes-Le Flô 20. 8. 75.
14) D.D. II 5 Decazes-d'Harcourt 18. 8. 75.
Schefer: D'une guerre à l'autre, S. 37.
Staatsarchiv: 32 46 Decazes-Bourgoing 20. 8. 75
Staatsarchiv: 32 47 Bourgoing-Decazes 25. 8. 75.
15) Disraeli-Lady Bradford 6. 9. 75 siehe Zetland: The letters of Disraeli . . . Bd. I 279.
16) D.D. II 7 ff. Decazes-Vogue 18. 9. 75.
17) H. Oncken: S. 144.
18) A.E. I 34 Decazes-Bourgoing 1. 10. 75.
19) A.E. I 36 Decazes-frz. Botschafter in England, Österreich, Italien 2. 10. 75.
20) D.D. II 13 Bourgoing-Decazes 3. 11. 75.
21) D.D. II 13 Bourgoing-Decazes 3. 11. 75.
22) D.D. II 14 Decazes-Vogue 16. 11. 75.
23) D.D. II 27 Anm. Decazes-Botschafter 26. 11. 75.
24) D.D. II 27 Laboulaye-Decazes 29. 11. 75.
D.D. II 30 frz. Geschäftsträger in Bln.-Sayve-Decazes 3, 12. 75.
25) D.D. II 35 Vogue-Decazes 28. 12. 75.
26) D.D. II 27 Decazes-Bourgoing 29. 11. 75.
27) D.D. II 23 d'Harcourt-Decazes 27. 11. 75.
28) D.D. II 30 Sayve-Decazes 3. 12. 75.
29) D.D. II 32 ff. Vogue-Decazes 28. 12. 75.
30) D.D. II 30 Sayve-Decazes 3. 12. 75.
31) D.D. II 32 Vogue-Decazes 28. 12. 75.
32) A.E. I 59 ff. Andrassy-österr. Botsch. in Paris 30. 12. 75.
33) Siehe Onou: Memoiren Ignatiews.
34) A.E. I 59 Andrassy-österr. Botsch. in Paris 30. 12. 75.
35) D.D. II 37 Decazes-Gontaut-Biron 4. 1. 76.
36) Staatsarchiv 30 30 Lyons-Derby 5. 1. 76.
37) D.D. II 37 Decazes-Gontaut-Biron 4. 1. 76.
38) A.E. I 85 Derby-österr. Botsch. Beust 25. 1. 76.

39) D.D. II 38 Le Flô—Decazes 9. 1. 76.
40) D.D. II 38 Le Flô-Decazes 9. 1. 76.
41) D.D. II 40 Decazes-d'Harcourt 21. 1. 76.
42) D.D. II 40 Decazes-Vogue 18. 1. 76.
43) D.D. II 39 Decazes-Le Flô 10. 1. 76.
44) D.D. II 40 Decazes-Vogue 18. 1. 76.
45) D.D. II 40 Decazes-d'Harcourt 21. 1. 76.
46) D.D. II 44 ff. Decazes-frz. Botschaft. in London, Wien, Berlin, Petersburg 4. 3. 76.
47) A.E. I 117 Bourgoing-Decazes 8. 3. 76.
48) D.D. II 48 Decazes-d'Harcourt 18. 4. 76.
D.D. II 49 Anm. Decazes-Le Flô 17. 4. 76.
49) A.E. I 119 Decazes-d'Harcourt 23. 5. 76.
D.D. II 50 Decazes-Vogue 23. 4. 76.
50) D.D. II 52 Decazes-Le Flô 6. 5. 76.
51) D.D. II 55 Decazes-Gontaut-Biron 8. 5. 76.
52) Staatsarchiv 32 50, 52 Decazes-Gontaut-Biron 8. 5. 76.
53) D.D. II 59 Gontaut-Biron-Decazes 13. 5. 76.
54) A.E. I 129 Anhang zu einem Schreiben Gontaut-Birons an Decazes vom 13. 5. 76.
55) A.E. I 133 ff. Decazes-d'Harcourt 19. 5. 76.
56) D.D. II 61 Decazes-Gontaut-Biron 14. 5. 76.
Staatsarchiv 32 54 ff. Decazes-d'Harcourt 19. 5. 76.
D.D. II 63 Decazes-d'Harcourt 23. 5. 76.
57) Buckle: The life of . . . Disraeli, VI 24 ff.
58) A.E. I 139 ff. Derby-Russell 19. 5. 76.
59) Buckle: Letter of Queen Victoria, II 453 ff.
60) Buckle: Letter of Queen Victoria, II 454.
61) Staatsarchiv 30 282 (Nr. 5692) englischer Geschäftsträger in Paris-Derby 24. 5. 76.
62) Staatsarchiv 32 54 ff. Decazes-d'Harcourt 19. 5. 76.
63) A.A. II 70 Anm.
64) D.D. II 65 Anm. Decazes-Bourgoing 28. 5. 76.
65) D.D. II 62 Gontaut-Biron-Decazes 20. 5. 76.
D.D. II 63 Decazes-d'Harcourt 23. 5. 76.
66) D.D. II 69 Gontaut-Biron-Decazes 8. 6. 76.
67) Dreux: L'ambassade de Gontaut-Biron, S. 210 ff.
68) Dreux: L'ambassade de Gontaut-Biron, S. 218 ff.
69) D.D. II 69 Gontaut-Biron-Decazes 8. 6. 76.
70) D.D. II 72 Anm.
71) D.D. II 71 ff. Gontaut-Biron-Decazes 15. 6. 76 u. 17. 6. 76.
72) D.D. II 77 Decazes-Le Flô 6. 7. 76.
73) D.D. II 85 Decazes-frz. Botsch. in London, Wien, Berlin, Petersburg 26. 8. 76.
74) D.D. II 86 Le Flô-Decazes 28. 8. 76.
75) Vergl. Onou: Memoiren Ignatiews, Slav. Rev., Bd. 10 S. 401 ff.
76) D.D. II 98 Decazes-Botsch. in Wien, Berlin, Rom 5. 10. 76.
77) D.D. II 97 Decazes-Gontaut-Biron 4. 10. 76.
78) D.D. II 99 Decazes-frz. Botsch. 9. 10. 76.
D.D. II 101 Bourgoing-Decazes 20. 10. 76
A.E. I 203 d'Harcourt-Decazes 7. 10. 76.
79) A.E. I 203 d'Harcourt-Decazes 7. 10. 76.
80) D.D. II 100 Bourgoing-Decazes 10. 10. 76.
Vergl. auch Staatsarchiv 31 215.
Lyons-Derby XI. 76.
81) D.D. II 101 ff. Decazes-Botsch. in Berlin, Wien, Petersburg, Rom 21. 10. 76.
82) Staatsarchiv 31 171 Lyons-Derby 12. 10. 76.
83) A.E. I 198 Decazes-Frz. Botsch. 24. 9. 76.

84) Staatsarchiv 31 178 Lyons-Derby 16. 10. 76.
D.D. II 105 Decazes-Bourgoing 27. 10. 76.
85) D.D. II 106, 107 d'Harcourt-Decazes 4. 11. 76.
86) D.D. II 107 Gontaut-Biron-Decazes 10. 11. 76.
87) Vergl. z. folgendem:
A.E. I 258 Schrb. Decazes-Bourgoing, Chaudordy 19. 11. 76 auch D.D. II 112.
A.E. I 264 Rede vor dem Senat 3. 11. 76.
Aktenst. aus den Korrespondenzen des K. u. K. Min. S. 484 Wimpfen-Andrassy 10. 11. 76.
88) D.D. II 117 ff. Decazes-Bourgoing 19. 11. 76.
89) D.D. II 117 Decazes-frz. Vertreter auf der Konferenz 19. 11. 76.
90) Rede vor dem Senat.
91) A.A. II 80 Schweinitz-Bülow 1. 11. 76.
92) A.E. 229 frz. Geschäftsträger in Petersburg-Decazes 31. 10. 76.
A.E. 247 Gortschakow-russ. Botsch. in Paris, Orloff 13. 11. 76.
92) A.E. I 293 Bourgoing-Decazes 2. 1. 77.
93) D.D. II 123 Bourgoing-Decazes 6. 12. 76 und Aktenstücke des K. u. K. Min. d. Äuß., S. 519, österr. Bevollm.-Andrassy 23. 12. 76.
94) Salisbury II 111 ff. Salisbury-Derby 21. 12. 76.
95) D.D. II 133 Decazes-Bourgoing 6. 1. 77.
D.D. II 145 Decazes-d'Harcourt 7. 2. 77.
96) A.A. I 311.
D.D. II 134, 141.
Langer: European alliances, S. 109.
97) D.D. II 134 Decazes-frz. Vertreter 8. 1. 77.
98) D.D. II 141 Le Flô-Decazes 30. 1. 77.
99) A.E. I 325 Gortschakow-Orloff 31. 1. 77.
100) A.E. I 328 Decazes-Le Flô 5. 2. 77.
101) Newton: Lord Lyons II 107 Lyons-Derby 5. 2. 77.
102) A.A. II 111 ff.
103) D.D. II 146 Decazes-d'Harcourt 9. 3. 77.
104) Salisbury II 130 Salisbury-Lytton 9. 3. 77.
105) A.E. I 348.
106) D.D. II 153 Decazes-Mouy 1. 4. 77.
107) D.D. II 155 Decazes-Le Flô 12. 4. 77.
108) Buckle: The Letters of the Queen . . . II 535.
Disraeli-Vict. 2. 5. 77.
109) Buckle: The letters of the Queen . . .
110) D.D. II 161 Decazes-frz. Vertreter 25. 4. 77,
auch Staatsarchiv 32 232 und A.E. I 375.
111) Staatsarchiv 32 257.
112) Statsarchiv 32 265.
113) Newton: Lord Lyons II 109 Lyons-Derby.
114) Newton: Lord Lyons II 110 Lyons-Derby 18. 5. 77.
115) Newton: Lord Lyons II 112 Lyons-Derby 18. 5. 77.
116) D.D. II 171 Decazes-Le Flô 17. 5. 77.
117) D.D. II 173 Le Flô-Decazes 19. 5. 77.
D.D. II 174 Le Flô-Decazes 20. 5. 77.
118) D.D. II 174 Decazes-Le Flô 21. 5. 77.
119) D.D. II 181 Decazes-Le Flô 28. 5. 77.
120) D.D. II 192 Decazes-d'Harcourt 16. 7. 77.
s. auch A.A. II 159 Bismarck-Hohenlohe 31. 7. 77.
121) D.D. II 193 d'Harcourt-Decazes 18. 7. 77,
vergl. hierzu auch die österr.-engl. Verhandlungen in The Slavonic Review, Bd. 10.
122) D.D. II 220 Banneville-d'Harcourt 1. 12. 77.
123) D.D. II 223 Waddington-Noailles 20. 12. 77.
124) D.D. II 208 Laboulaye-Decazes 22. 9. 77.

125) Vergl. hierzu Seignobos S. 21 ff.
126) D.D. II 222 Banneville-Mouy 12. 12. 77.
127) D.D. II 228 Anm. Derby-Loftus 27. 12. 77.
128) D.D. II 228 Waddington-Le Flô 31. 12. 77.
A.E. II 3 Waddington-d'Harcourt 28. 12. 77.
129) D.D. II 230 Vogue-Waddington 1. 1. 78.
130) D.D. II 228 Waddington-Le Flô 31. 12. 77.
A.E. II 4 Waddington-d'Harcourt 1. 1. 78.
131) D.D. II 229 Waddington-d'Harcourt 1. 1. 78.
132) D.D. II 232 Le Flô-Waddington 4. 1. 78.
133) Wertheimer III 58, 59.
134) D.D. II 239 Anm.
135) D.D. II 238 Mouy-Waddington 25. 1. 78.
136) D.D. II 240 Anm.
137) D.D. II 239 Anm.
138) Langer: European alliances S. 137.
139) D.D. II 239 Anm. d'Harcourt-Waddington 29. 1. 78.
140) D.D. II 234 Michels (frz. Gesch.-Träger i. Ägypten) - Waddington 12. 1. 78.
141) D.D. II 243 Waddington-St. Vallier 1. 2. 78.
142) D.D. II 248 Waddington-Botsch. in London, Wien, Berlin 5. 2. 78.
143) D.D. II 249 Waddington-Vogue 5. 2. 78.
Staatsarchiv 33 343 Lyons-Derby 4. 2. 78.
144) D.D. II 255 ff.
145) D.D. II 269 Le Flô-Waddington 6. 3. 78.
D.D. II 271 Le Flô-Waddington 8. 3. 78.
146) D.D. II 269 Waddington-frz. Ges. 7. 3. 78.
D.D. II 274 Waddington-Le Flô 9. 3. 78.
147) D.D. II 272 Le Flô-Waddington 9. 3. 78.
148) D.D. II 272 Le Flô-Waddington 9. 3. 78.
149) D.D. II 277 Waddington-St. Vallier 15. 3. 78.
150) D.D. II 279 Waddington-St. Vallier 19. 3. 78.
151) A.E. II.
152) A.E. II 37 Salisbury-engl. Vertreter 1. 4. 78.
153) A.E. 43 Gortschakow-russ. Vertreter 9. 4. 78.
154) D.D. II 291 ff. Waddington-Vogue 6. 4. 78.
D.D. II 293 Waddington-d'Harcourt 8. 4. 78.
155) D.D. II 291 Waddington-Vogue 6. 4. 78.
156) D.D. II 288 Waddington-Viel Castel (frz. Geschäftsträger in Petersburg) 29. 3. 78.
157) D.D. II 300 Le Flô-Waddington 26. 4. 78.
158) Newton: Lyons II 140 Salisbury-Lyons 22. 5. 78.
159) D.D. II 291 d'Harcourt-Waddington 5. 4. 78.
160) Newton: Lyons II 145 Lyons-Salisbury 4. 6. 78.
161) D.D. II 293 Waddington-d'Harcourt 8. 4. 78.
162) D.D. II 317 d'Harcourt-Waddington 14. 5. 78.
163) D.D. II 315 ff. Fournier-Waddington 9. 5. 78.
D.D. II 316 Waddington-Fournier (Ges. in Konstantinopel) 11. 5. 78.
164) D.D. II 301 Vogue-Waddington 30. 4. 78.
165) D.D. II 317 d'Harcourt-Waddington 14. 5. 78.
166) D.D. II 321 St. Vallier-Waddington 25. 5. 78.
167) D.D. II 324 Waddington-Hohenlohe 4. 6. 78.
168) Staatsarchiv 33 101.
169) D.D. II 331 ff. Waddington-Dufaure 18. 6. 78.
170) D.D. II 333 Waddington-Dufaure 18. 6. 78.
171) D.D. II 334 Waddington-Dufaure 18. 6. 78.
172) D.D. II 336 Anm. Waddington-Dufaure 20. 6. 78.
173) D.D. II 336 ff. Waddington-Dufaure 24. 6. 78 u. 26. 6. 78.
174) D.D. II 342 Waddington-Dufaure 26. 6. 78.

175) D.D. II 347 Waddington-Dufaure 1. 7. 78.
176) D.D. II 347 ff. Waddington-Dufaure 1. 7. 78 u. 6. 7. 78.
177) Vergl. hierzu
D.D. II 348 ff. Waddington-Dufaure 6. 7. 78.
D.D. II 347 Waddington-Dufaure 14. 7. 78.
178) D.D. II 336 Waddington-Dufaure 24. 6. 78.
D.D. II 347 Waddington-Dufaure 1. 7. 78.
179) D.D. II 348 Waddington-Dufaure 6. 7. 78.
180) D.D. II 352 Waddington-Dufaure 8. 7. 78.
181) A.E. II 304 Salisbury-Waddington 7. 7. 78.
182) Vergl. hierzu
Liebold: Englands Stellung . . . S. 200.
Newton: Lyons II 151 Lyons-Salisbury 12. 7. 78.
Koelle: Englands Stellungnahme . . . S. 65.
183) Staatsarchiv 35 235.
D.D. II 355 ff. Waddington-Dufaure 14. 7. 78.
184) D.D. II 361 ff. Waddington-d'Harcourt 21. 7. 78.
185) D.D. II 359 Waddington-Roustan 19. 7. 78.
186) D.D. II 360 Roustan-Waddington 20. 7. 78.
187) D.D. II 362 Waddington-d'Harcourt 21. 7. 78.
188) D.D. II 361 Waddington-d'Harcourt 21. 7. 78.
189) D.D. II 369 d'Harcourt-Waddington 24. 7. 78.
Newton: Lyons II 152 Salisbury-Lyons 20. 7. 78.
Newton: Lyons II 158 Salisbury-Lyons 24. 7. 78.
190) Koelle: S. 65.
191) Newton: Lyons S. 158 Salisbury-Lyons 24. 7. 78.
192) D.D. II 370 Waddington-d'Harcourt 25. 7. 78.
193) D.D. II 372 Waddington-d'Harcourt 26. 7. 78.
194) D.D. II 374 Waddington-Roustan 27. 7. 78.
195) D.D. II 375 Waddington-Roustan 1. 9. 78.
196) D.D. II 376 Waddington-Roustan 5. 9. 78 u. 7. 9. 78.
197) Siehe 198).
198) D.D. II 392 Waddington-Noailles 13. 10. 78.
199) Siehe E. Daudet: La mission . . ., Paris 1918.
200) D.D. II 376 Waddington-frz. Vertreter in London, Wien, Rom 5. 9. 78.

Literatur.

I. Quellen.

1. Documents diplomatiques français (1871—1914) 1. Serie Bde. 1 u. 2.
2. Affaires étrangères. Documents diplomatiques. Affaires d'Orient. 2 Bde. 1877_4, 1878_2.
3. Affaires étrangères, documents politiques. Négociations rélatives à la rectification des frontières de la Grèce. 2 Bde. Paris 1879 u. 1880.
4. Die große Politik der europ. Kabinette 1871—1914. Bde. 1 u. 2, Berlin 1922.
5. Staatsarchiv Bde. 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38.
6. Unprinted documents. Russo-british relations during the Eastern crisis. Veröffentlicht in: The Slavonic Review, Bde. IV, V, VI. London 1925 bis 1928.
7. Unprinted documents. The Anglo-Austrian Understanding of 1877. Von Dwight E. Lee veröffentlicht in: The Slavonic Review, Bd. 10. 1931/32.

8. Aktenstücke aus den Korrespondenzen des K. u. K. gemeinsamen Ministeriums des Äußern über oriental. Angelegenheiten (16. 5. 76 bis 31. 5. 77 u. 7. 4. 77 bis 3. 11. 78). Wien 1878.

II. Memoiren und Darstellungen.

1. H. St. de Blowitz: My memoirs. London 1903.
2. de Broglie: Vingt-cinq ans après. (1870—96) in: Revue des deux mondes. Bd. 136 1896.
3. G. E. Buckle: The letter of Queen Victoria. Bd. II. London 1926.
4. Ders.: The life of Benjamin Disraeli. Bd. 5 u. 6. London.
5. E. M. Carroll: French public opinion and foreign affairs 1870—1914. London 1931.
6. Fr. Curtius: Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst. 2 Bde. Stuttgart 1906.
7. E. Daudet: La mission de comte de St. Vallier. Paris 1918.
8. A. Dreux: Dernières années de l'ambassade en Allemagne de M. de Gontaut-Biron 1874—77. Paris 1907.
9. E. Driault: La question d'Orient. 6. Auflage 1913.
10. H. Elliot: Some revolutions and other diplomatic Experiences. London 1922.
11. S. B. Fay: Der Ursprung des Weltkrieges. Dtsch. Übersetzung. Berlin 1930.
12. O. Forst-Battaglie: Franz. Literatur der Gegenwart seit 1870. Wiesbaden 1928.
13. W. Frank: Nationalismus u. Demokratie im Frankreich der 3. Republik. 1871—1918. Hamburg 1933.
14. A. Hajek: Bulgarien unter der Türkenherrschaft. Berlin 1925.
15. J. Haller: 1000 Jahre deutsch-franz. Beziehungen. Stuttgart 1930.
16. G. Hanotaux: Geschichte des zeitgenössischen Frankreichs.
17. A. Helms: Bismarck und Rußland. Freiburg 1927.
18. B. Hofstetter: Vorgeschichte des franz. Protektorats in Tunis bis zum Bardovertrag. Bern 1914.
19. H. Holborn: Deutschland und die Türkei 1878—90. Berlin 1926.
20. W. A. Gauld: The „Dreikaiserbündnis" and the Eastern Question 1871—78. Engl. hist. Review. Bde. 40 u. 42, London 1925, 1927.
21. Ch. Gavard: Un diplomate à Londres 1871—77, Paris 1895.
22. G. P. Gooch: Franco-German relations 1871—1914. London 1923.
23. S. Goriainow: Le Bosphore et les Dardanelles. Paris 1910.
24. N. Jorga: Correspondance diplomatique sous le roi Charles Ier (1866 bis 1880) Paris 1923.
25. A. Lajusan: La crise orientale, ses suites et la formation du système bismarckienne in M. H. Hauser: Historie diplomatique de l'Europe 1871—1914. Paris 1929.
26. W. L. Langer: European Alliances and alignments 71—90. New York 1931.
27. Ders.: The European powers and the French occupation 1878—81 of Tunis. Americ. hist. review. Bd. 31. 1925/26.
28. Lanson: Histoire de la littérature française. Paris 1923.
29. S. Th. Lascaris: La politique extérieure de la Grèce avant et après le Congrès de Berlin 1875—81. Paris 1924.
30. J. Larmeroux: La politique extérieure de l'Autriche-Hongrie 1875 bis 1914. 1. Bd.: La marche vers l'Orient. Paris 1918.
31. H. Lorin: La France puissance coloniale, Paris 1906.
32. W. Koelle: Engl. Stellungnahme gegenüber Frankreich 1870—82. Berlin 1934.
33. Aug. Loftus: The diplomatic reminiscences of Lord Aug. Loftus, Bd. 2. London 1894.

34. W. N. Medlicott: Vice Consul Dupuis' Missing dispatch of June 23, 1876. Journal of modern history. Vol. IV. 1932.
35. A. Mévil: De la paix de Fancfort à la conférence d'Algésiras. Paris 1909.
36. P. Montgelas: Von Frankreichs Seele und Form. Der Kampf um den Rhein. Berlin 1925.
37. M. Müller: Die Bedeutung des Berliner Kongresses für die deutsch-russischen Beziehungen. Tübingen 1927.
38. Lord Newton: Lord Lyons. London 1913.
39. M. G. Pagès: L'Hégémonie allemande 1871—1914 in: Rapport de la commission d'enquète sur les faits de la guerre. Bd. 1. Paris 1919.
40. R. Pinon: France et Allemagne 1870—1915.
41. H. Platz: Geistige Kämpfe im modernen Frankreich. München 1922.
42. W. Platzhoff: Frankreichs Bestrebungen auf eine Revision des Frankfurter Friedens von 1871—1914. Berliner Monatshefte, 12. Jahrgang, Februar 1934.
43. E. J Pratt: La diplomatie française in: Revue historique.
1. 1871—75, Bd. 166, 170.
2. 1875—81, Paris 1931, 1932.
44. A. F. Pribram: England and the International Policy of the European Great Powers 1871—1914. Oxford 1931.
45. H. Prösch: Ein engl. Bündnisfühler im Jahre 1876. Hist. Vierteljahrsschr. 24. 1929.
46. H. Oncken: Das deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges. Leipzig 1933.
(6. Bd. der Sammlung „Der große Krieg 1914—18", herausgeg. von M. Schwarte.)
47. Alex. Onou: The memoirs of Count N. Ignatiew. Slav. Rev., Bd. 10, 11. 1931/32, 1932/33.
48. L. Raschdau: Die Durchführung der Berliner Kongreßakte. Dtsch. Rundschau Bd. 147. 1911.
49. Ders.: Ein sinkendes Reich, 1877/79. Berlin 1934.
50. A. A. W. Ramsay: Idealism and foreign policy, a study of the relations of Great Britain with Germany and France 1860—78. London 1925.
51. P. Sabourof: Russie, France, Allemagne 1870—80. Revue de Paris. Bd. 19, III. 1912.
52. F. Cecil Salisbury: Life of R. Marquis of Salisbury. Bd. II. London 1921.
53. Ch. Seignobos: L'évolution de la 3 République Paris 1921. in: Histoire de la France contemporaine von E. Lavisse.
54. Chr. Schefer: D'une guerre à l'autre. Paris 1920.
55. H. Wendel: Kampf der Südslawen um Freiheit und Einheit. Frankfurt 1925.
56. M. W. Tyler: The European Powers and the Near East 1875—1918 in: Research Publications of the University of Minnesota. Minneapolis 1925.
57. Ed. v. Wertheimer: Graf Jul. Andrassy, Bd. 2 u. 3. Stuttgart 1913.
58. Zetland: The letter's of Disraeli to Lady Bradford and Lady Chesterfield, Bd. 2. London 1929.
59. Choublier: La question d'Orient depuis le traité de Berlin. Paris 1897.

Lebenslauf.

Am 11. 4. 1905 wurde ich als Sohn des Reichsbahn-Oberinspektors Friedrich Zander und dessen Ehefrau zu Kassel geboren. Nach vierjährigem Besuch der Volksschule kam ich Ostern 1915 auf die Treitschke-Schule in Wilmersdorf, die ich Ostern 1924 mit dem Zeugnis der Reife verließ. Ostern 1926 ließ ich mich an der Universität Berlin immatrikulieren, um Geschichte, Erdkunde und Leibesübungen zu studieren. Ich hörte insbesondere bei den Herren Professoren Hartung, Meinecke, Oncken, Hoppe, Brackmann, Krebs, Rühl, Penck, Jäger, Troll. Am 4./5. V. 1931 bestand ich das erste, nach zweijähriger Referendarausbildung am 22. 9. 1933 das zweite Staatsexamen. Seit Oktober 1933 bin ich an der Nat. Pol. Erz. Anstalt Potsdam-Neuzelle in Potsdam tätig. Hier wurde ich am 6. 6. 1935 zum Studienrat befördert. Oktober 1935 reichte ich meine Dissertation ein und am 16. I. 1936 bestand ich die mündliche Prüfung.

Zu besonderem Dank bin ich Herrn Prof. Hartung verpflichtet, an dessen Seminaren ich teilnehmen durfte und der mich bei der Arbeit wiederholt durch freundlichen Rat unterstützt hat.